

Presseschau vom 13.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der "Alternativen Presseschau"

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den 'Lesetipps' und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers , <u>DNS über HTTPS</u>' aktiviert (<u>Anleitungen u.a. hier</u>) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist ZenMate, das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

https://kurz.rt.com/2tg9 bzw. hier

de.rt.com: Moldawien: Air Moldova will die Regierung wegen des Verbots ihrer Moskau-Flüge verklagen

Der Unmut der moldawischen Bevölkerung mit der Politik der prowestlichen Regierung unter Maia Sandu nimmt zu und hat nun auch Teile der moldawischen Eliten erfasst. Innerhalb dieses Trends will jetzt auch die nationale Fluggesellschaft das Verbot der Flüge nach Russland nicht länger widerspruchslos hinnehmen. ...

https://kurz.rt.com/36qz bzw. hier

de.rt.com: Podoljakas Frontanalytik: Russlands Ukraine-Kampagne nach Rückzug bei Charkow – Wie geht es weiter? (Video)

Thema der neuesten Ausgabe der Frontanalytik mit Juri Podoljaka ist der Perspektive der russischen Intervention nach der Aufgabe der zunächst befreiten Teile des Gebiets Charkow gewidmet. ...

https://kurz.rt.com/36rg bzw. hier

Gert Ewen Ungar: China die Grenzen aufzeigen? Thinktank schickt deutsche Politik ins geopolitische Abseits

Die DGAP veröffentlichte Überlegungen zur Entwicklung einer Nationalen Sicherheitsstrategie. Das Papier möchte Maßnahmen gegen den Klimawandel und die Militärstrategie verbinden. Ganz klar eine Schreibtischidee. Mit dem Vorschlag, China Grenzen aufzuzeigen, wird es gefährlich. ...

https://kurz.rt.com/36qg bzw. hier

de.rt.com: BioNTech/Pfizer und Moderna verzögern Veröffentlichung von Daten zu mRNA-Impfstoffstudien

Die Hersteller der aktuellen COVID-19-Impfstoffe weigern sich weiterhin, ihre Erkenntnisse aus den ersten klinischen Zulassungsstudien aus dem Jahr 2020 zu veröffentlichen. Der US-Epidemiologe Peter Doshi hinterfragt nachdrücklich sowohl die bedingte Zulassung wie auch die Effizienz der Wirkstoffe - und zwar aufgrund nachweislicher Wissenslücken. https://kurz.rt.com/36rw bzw. hier

de.rt.com: Wagenknecht in der Kritik: Chef des Paritätischen Wohlfahrtsverbands verlässt Linkspartei

Ulrich Schneider ist aus der Partei Die Linke ausgetreten. Als Grund nannte er die jüngste Rede von Sahra Wagenknecht im Deutschen Bundestag. Parteiinterne Kritiker von Wagenknecht zeigten sehr viel Verständnis und kritisierten Wagenknecht – ebenso wie Politiker von SPD und Grünen. ...

https://kurz.rt.com/36s7 bzw. hier

Gert Ewen Ungar: Russland-Sanktionen: Habeck täuscht die Öffentlichkeit

Auf eine kleine Anfrage der Linken nach der Wirksamkeit der Sanktionen antwortete das Habeck-Ministerium, es erwarte dieses Jahr einen Einbruch der russischen Wirtschaft um 15 Prozent. Das Ministerium arbeitet indes mit veralteten Zahlen, und täuscht die Öffentlichkeit.

...

https://kurz.rt.com/36t2 bzw. hier

Dagmar Henn: Deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine: keine Beschränkungen, keine Kontrolle

Inzwischen wird sogar über die Lieferung moderner Kampfpanzer an die Ukraine diskutiert. Und viele glauben, auch das ließe sich Russland gefallen. Dabei ist selbst die Lieferung der Panzerhaubitzen nach wie vor heikel. Dazu gibt es jetzt neue Dokumente. ... https://kurz.rt.com/36ts bzw. hier

abends/nachts:

19:09 de.rt.com: Aus Angst vor den ukrainischen Streitkräften: Tausende Ukrainer fliehen nach Russland

In der Nähe der südukrainischen Stadt Cherson wurde erneut die strategisch wichtige Antonowski-Brücke beschossen. Dabei soll die ukrainische Armee die von den USA gelieferten HIMARS-Raketenwerfer eingesetzt haben.

Auch Donezk leidet weiter unter dem Beschuss. Die ukrainische Armee versucht gezielt, die wichtigsten Infrastruktur-Einrichtungen der Stadt wie Gas- und Strom-Leitungen sowie Wasserpump-Stationen zu zerstören.

Derweil werden Tausende Menschen, die wegen der ukrainischen Offensive aus ihren Heimatstädten im Gebiet Charkow fliehen müssen, in die südöstliche russische Stadt Woronesch evakuiert. Diese Menschen fliehen aus Angst vor ukrainischen nationalistischen Kräften. Viele von ihnen haben fast alles zurückgelassen und sind nach Russland geflohen, um ihr Leben zu retten. Wir haben mit den Flüchtlingen gesprochen.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-

134310637&id=456257722&hash=96810124f173c255" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456257722

19:42 de.rt.com: Putin: Wirtschaftlicher "Blitzkrieg" gegen Russland erfolglos

Der russische Präsident Wladimir Putin hat die westlichen Sanktionen gegen Russland für gescheitert erklärt. Er sagte am Montag in Moskau:

"Ich möchte noch einmal betonen, dass Russland selbstbewusst mit dem Druck von außen, man könnte auch sagen, mit der finanziellen und technologischen Aggression einiger Länder fertig wird."

"Die Taktik des wirtschaftlichen Blitzkriegs hat nicht funktioniert, das ist bereits für jeden ersichtlich."

Das liege laut Putin vor allem daran, dass Russland "wirksame Schutzmaßnahmen ergriffen und Mechanismen zur Unterstützung von Schlüsselindustrien, Unternehmen sowie kleinen und mittleren Betrieben eingeführt hat". All diese Maßnahmen zielten demnach darauf ab, Beschäftigung und Arbeitsplätze zu erhalten und den Menschen gezielt zu helfen.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631f4d36b480cc4806573922.jpg

20:17 de.rt.com: Moskau zu EU-Visaeinschränkungen: Keine Eile bei Vergeltungsmaßnahmen für "weitere Dummheit" der EU

Ab Montag fällt für russische Bürger die erleichterte Visavergabe für Reisen in alle Staaten des Schengenraums weg. Die Entscheidung sei eine Dummheit, kritisierte der stellvertretende Außenminister Russlands. Moskau wolle vorerst keine Gegenmaßnahmen für EU-Bürger einführen.

Russland habe sich nie dafür ausgesprochen, die Beziehungen zu europäischen Ländern einzuschränken, und werde nicht überstürzt auf Visabeschränkungen reagieren, sagte Russlands stellvertretender Außenminister Alexander Gruschko am Montag. Im Gespräch mit Journalisten betonte er, es gebe "keine Eile", Vergeltungsmaßnahmen gegen das zu ergreifen, was er als "eine weitere Dummheit" der EU bezeichnete. Der Diplomat warf Brüssel vor, versucht zu haben, die russische Gesellschaft in "richtige und falsche" Menschen zu spalten und "die Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit zu untergraben". Er fuhr fort: "Welche Reaktion kann es auf Dummheit geben? Mal sehen, wie sich das auf die zwischenmenschlichen Kontakte auswirkt. Wir waren nie Befürworter von Kontaktbeschränkungen."

Am Sonntag hatte Russlands Außenminister Sergei Lawrow gesagt, Moskau halte es für unangemessen, Visabeschränkungen für EU-Bürger als Gegenmaßnahme einzuführen. Auch Präsident Wladimir Putin hatte betont, dass solche Einschränkungen gegen die Interessen Russlands verstoßen würden.

Ab dem 12. September müssen russische Staatsbürger Visa-Antragsgebühren von 80 Euro statt bisher 35 Euro entrichten, deutlich mehr Unterlagen vorlegen und längere Bearbeitungszeiten in Kauf nehmen. Zudem gelten ab jetzt strengere Regeln für die Erteilung eines Visums für die mehrfache Einreise. Die EU-Kommission hatte den EU-Staaten vergangene Woche Leitlinien zur Visavergabe gegeben und klargestellt, dass die "Konsulate eine strikte Bewertung der Sicherheitsrisiken vornehmen" sollten. Zugleich stehe die EU Antragstellern weiter offen, "die aus dringenden Gründen reisen, insbesondere Familienangehörigen von EU-Bürgern, Journalisten, Dissidenten und Vertretern der Zivilgesellschaft". Ihnen könnten die Mitgliedstaaten die Visagebühr beispielsweise reduzieren oder komplett erlassen.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631f49be48fbef43b338f723.jpg Grenzschutzbeamter an der russisch-litauischen Grenze

20:21 de.rt.com: **Ukrainische Behörden planen** "**Filtration**" der Bevölkerung von Isjum Die ukrainischen Behörden wollen in der Stadt Isjum nach Personen fahnden, die mit Russland zusammengearbeitet haben sollen. Dies berichtete das ukrainische Nachrichtenportal Strana unter Verweis auf den ukrainischen Bürgermeister der Stadt Waleri Martschenko. In einem Interview mit BBC verkündete dieser:

"Man wird nach Kollaborateuren suchen. Das wird noch etwa zehn Tage in Anspruch nehmen. Danach können Bewohner, die die Stadt verlassen hatten, zurückkehren."

Nach Martschenkos Angaben sei die Wasser- und Stromversorgung der Stadt außer Betrieb. Etwa zwei Drittel der Bewohner hätten Isjum verlassen, sodass die verbliebene Bevölkerung etwa 10.000 Personen zähle.

dan-news.info: Die Heizungssysteme in den Städten und Bezirken der DVR sind zu 95 Prozent für den Winter bereit, teilte heute das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin nach einer Sitzung mit Mitgliedern der Regierung und Leitern von Organen der ausführenden Gewalt mit.

In den befreiten Gebieten ist die Lage wesentlich schlechter. Es ist wenig Zeit, es muss alles getan werden, damit die Einwohner der Republik Heizung haben, sagte Puschilin. Traditionell beginnt die Heizperiode in der DVR am 15. Oktober, dieser Zeitpunkt kann aber abhängig vom Wetter verschoben oder vorgezogen werden.

21:00 de.rt.com: Eine Tote und vier Verwundete bei ukrainischem Beschuss des russischen Gebiets Belgorod

Eine ukrainische Zivilistin ist beim Beschuss eines Grenzdorfs zum russischen Gebiet Belgorod namens Logatschewka durch Kiews Militär ums Leben gekommen, vier weitere Personen sind verwundet worden. Dies meldete der Gouverneur des Gebiets Wjatscheslaw Gladkow. Auf seinem offiziellen Telegram-Kanal gab er bekannt:

"Leider kam es zu Opfern. Eine ukrainische Staatsbürgerin, Jahrgang 1942, ist ums Leben gekommen. Außerdem wurden ins Bezirkskrankenhaus Walujki vier Verletzte mit unterschiedlich schweren Verwundungen eingeliefert. Drei von ihnen sind Bürger der Ukraine, ein Mann ist Einwohner von Logatschewka. Sie erhalten alle notwendige medizinische Hilfe."

Gladkow erklärte weiter, dass durch den Beschuss Logatschewkas einige Gebäude, Fahrzeuge und Stromleitungen beschädigt worden waren, weswegen die Gas- und Elektrizitätsversorgung des Dorfes vorübergehend abgestellt wurde. Das Oberhaupt des Stadtdistrikts habe sich verpflichtet, alles baldmöglichst wiederherzustellen, fuhr Gladkow

fort.

Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti veröffentlichte indessen ein <u>Video</u>, das einige der Zerstörungen in Logatschewka zeigt.

21:08 de.rt.com: Medienbericht: Lehrern in den durch Kiew zurückeroberten Gebieten drohen 8 - 15 Jahre Haft

Die Ukraine hat in den zurückeroberten Gebieten der Region Charkow nichts Dringenderes zu tun, als sich an "pro-russischen" Zivilisten zu rächen. Medienberichten zufolge sind Lehrer der örtlichen Schulen massenhaft festgenommen worden. Eine hohe Regierungsbeamtin kündigt nun hohe Gefängnisstrafen für sie an.

In den durch die Ukraine am Wochenende zurückeroberten Gebieten der Region Charkow wurden Berichten ukrainischer Medien zufolge zahlreiche russische und ukrainische Lehrer festgenommen, die seit dem 1. September Kinder an den örtlichen Schulen nach dem russischen Lehrplan unterrichteten.

Die ukrainische Nachrichtenplattform Strana hat am Montag die stellvertretende Ministerpräsidentin <u>Irina Wereschtschuk befragt</u>, welches Schicksal die verhafteten Pädagogen erwartet.

Nach Angaben von Wereschtschuk werden diejenigen der Festgenommenen, die über die russische Staatsangehörigkeit verfügen, nach <u>Artikel 438 des ukrainischen Strafgesetzbuchs</u> (Verletzung der Gesetze und Gebräuche des Krieges) verurteilt werden. Die darin vorgesehene Sanktion sieht ausschließlich Strafhaft vor - zwischen acht und zwölf Jahren. Wereschtschuk im Gespräch mit Strana:

"Sie haben ein Verbrechen gegen unseren Staat begangen. Wir haben mehrfach russische Bürger gewarnt, die sich bereit erklärt haben, in das Hoheitsgebiet der Ukraine zu kommen und hier gesetzlich verbotene Aktivitäten durchzuführen. Natürlich wird das Strafmaß für sie vom Gericht festgelegt, aber es gibt immer noch eine gewisse Anzahl russischer Staatsbürger auf dem Territorium unseres Staates, die in die vorübergehend besetzten Gebiete gekommen sind und definitiv bestraft werden, wenn sie unser Territorium nicht unverzüglich verlassen." Sie stellte klar, dass die russischen Lehrer nicht für einen Gefangenenaustausch in Frage kämen:

"Niemand wird sie als Kriegsgefangene betrachten, da sie keine Kombattanten sind und die Genfer Konventionen den Austausch von Kriegsgefangenen nicht vorsehen."

Die ukrainischen Lehrkräfte, die sich bereit erklärt haben, im Rahmen des russischen Programms zu unterrichten, werden ebenfalls mit dem Gesetz konfrontiert werden - wegen Kollaboration mit dem Feind. Dafür sieht Art. 111 des Ukrainischen Strafgesetzbuchs eine Freiheitsstrafe zwischen 12 und 15 Jahren vor.

Mehrere ukrainische extremistische Telegram-Kanäle mit großer Reichweite rufen zur <u>Gewalt gegen "Kollaborateure"</u> auf, während ukrainische Offizielle als erste amtliche Handlung in den zurückeroberten Ortschaften des Charkower Gebiets "Filtermaßnahmen" ankündigen. In dieser Atmosphäre häufen sich Augenzeugenberichte über Repressalien und Willkür. So sollen dem vorübergehenden Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Charkow, Witalij Gantschew, zufolge bereits Menschen in den Städten Kupjansk und Weliki Burluk durch Nationalisten erschossen worden sein. Unabhängig lassen sich diese Informationen derzeit nicht prüfen.

Nachtrag 22 Uhr: Eine Quelle in der pro-russischen militärisch-zivilen Gebietsverwaltung teilte mit, dass es in der Region Charkow keine russischen Lehrer gebe, die für den Unterricht nach dem russischen Lehrplan belangt werden könnten. Was jedoch mit den einheimischen Lehrern geschieht, die mit Russland kooperieren und bereit waren, nach der neuen Methodik zu unterrichten, ist derzeit nicht bekannt. Dies <u>berichtet</u> der Telegram-Kanal "Na samom dele w Charkowe".



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631f6c38b480cc49f6752c5c.jpg Eine Lehrerin im russisch kontrollierten Melitopol unterrichtet ukrainische Literatur am 07.09.22.

Telegram-Kanal von Boris Roshin: **Denis Puschilin zur militärischen Lage in der DVR** (Video zusammengefasst):

- 1. Krasnyj Liman ist vollständig unter unserer Kontrolle.
- 2. Swjatogorsk kontrollieren weder wir noch der Gegner vollständig.
- 3. Am Donezker Flughafen wurden die Angriffe des Gegners zurückgeschlagen.
- 4. Bei Ugledar wurden die Angriffe des Gegners zurückgeschlagen.

21:35 de.rt.com: Im Gebiet Cherson Raketenangriffe auf zwei Brücken gemeldet Die Eisenbahn- und Straßenbrücken über den Dnepr im Gebiet Cherson sollen am Montag von Raketenangriffen der ukrainischen Streitkräfte getroffen worden sein, berichtete Interfax unter Berufung auf Rettungskräfte. Nach Angaben der Rettungsdienste seien gegen 10:00 Uhr MEZ sechs HIMARS-Geschosse auf die Antonowski-Straßenbrücke abgefeuert worden. Um 11:45 Uhr MEZ habe die ukrainische Armee drei HIMARS-Geschosse auf die Eisenbahnbrücke abgefeuert. Alle Geschosse seien von der russischen Luftabwehr abgefangen worden. Dabei soll es keine zivilen Opfer oder Verletzten gegeben haben. Der stellvertretende Leiter der Verwaltung des Gebiets Cherson, Kirill Stremoussow, sagte dazu:

"Die Antonowski-Straßenbrücke wird ständig beschossen, obwohl sie schon seit langem geschlossen ist."

In einem <u>Video</u>, das Stremoussow auf seinem Telegram-Kanal veröffentlichte, sind die Zerstörungen zu sehen.

22:02 de.rt.com: Verwaltung des Gebiets Saporoschje: Ukraine bereitet Offensive im Umland des Kernkraftwerks vor

Der Vertreter der Verwaltung des russisch kontrollierten Gebiets Saporoschje Wladimir Rogow hat von ukrainischen Vorbereitungen einer Offensive im Umland des Kernkraftwerks von Saporoschje berichtet. In einer Sendung des Kanals Rossija-1 gab er bekannt, dass Kiews Militär unter anderem US-amerikanische HIMARS-Mehrfachraketenwerfer und M777-Haubitzen an die Frontlinie in der Nähe des AKW einsetzen. Die ukrainischen Militärs würden weiterhin nuklearen Terrorismus betreiben, erklärte Rogow. Der Beamte sagte außerdem, dass die Offensive von Großbritannien und den USA koordiniert werde: "Im Grunde führt im Gebiet Saporoschje die NATO Krieg mit den Händen unserer ehemaligen Mitbürger, denen man eingeredet hat, dass sie gar keine Russen seien." Parallel dazu erklärte der Chef der russischen Teilrepublik Tschetschenien Ramsan Kadyrow über Telegram, dass die Spezialeinheit "Achmat" alle strategischen Stellungen im Gebiet Saporoschje kontrolliere.

22:31 de.rt.com: Attentat auf Rektorin der Universität Cherson

Auf Tatjana Tomilina, die Rektorin der Staatlichen Universität Cherson, ist ein Attentat verübt worden. Der Pressedienst der Gebietsverwaltung meldete der Nachrichtenagentur RIA Nowosti diesbezüglich:

"Ein Attentat ist verübt worden. Im Treppenaufgang des Hauses wurde ein selbst gebauter Sprengsatz gezündet. Tatjana Tomilina wurde leicht verwundet."

Die Behörden fügten hinzu, dass bei der Explosion außerdem ein Mann getötet und eine ältere Frau verwundet wurde.

22:59 de.rt.com: **DVR-Chef Puschilin: Angriff ukrainischer Truppen auf Flughafen Donezk zurückgeschlagen**

Die ukrainischen Streitkräfte haben erfolglos versucht, zum Flughafen von Donezk vorzustoßen. Dies berichtete das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin in seiner abendlichen Videoansprache. Der Angriff sei durch das separate Garde-Aufklärungsbataillon Sparta zurückgeschlagen worden. Nach Angaben der Donezker Nachrichtenagentur (DAN) sagte Puschilin:

"Der Gegner hat heute auch versucht, wohl eher aus PR-Gründen, zum Donezker Flughafen vorzustoßen. Dort hat die heldenhafte Sparta im vollen Bewusstsein der Lage alles richtig gemacht. Praktisch die gesamte gegnerische Gruppe wurde vollständig vernichtet."



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631f965a48fbef3bcd59e380.jpg Zerstörte Gebäude im Donezker Flughafen

vormittags:

6:15 de.rt.com: **Ifo-Institut prognostiziert** "**Winter-Rezession**" **und 9,3 Prozent Inflation** für 2023

Die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung werden immer trüber. So geht das renommierte Ifo-Institut für 2023 von einer schrumpfenden Wirtschaft und einer noch höheren Inflation aus als in Die ökonomische Talsohle in Deutschland ist noch nicht erreicht. Das Ifo-Institut rechnet für dieses Jahr mit einer Teuerungsrate von 8,1 Prozent und im kommenden Jahr von 9,3 Prozent, berichtet das <u>Handelsblatt</u> am Montag. Die Wirtschaft wird nach der am Montag in Berlin vorgelegten Ifo-Konjunkturprognose in diesem Jahr nur noch um 1,6 Prozent wachsen und im Jahr 2023 sogar um 0,3 Prozent schrumpfen.

Der Leiter der Ifo-Konjunkturforschung, Timo Wollmershäuser, sagt:

"Wir gehen in eine Winter-Rezession."

Er betonte weiterhin, dass die "Kürzung der Gaslieferungen aus Russland" und die folgenden drastischen Preissteigerungen "die wirtschaftliche Erholung nach Corona verhageln". Er ergänzte:

"Erst 2024 erwarten wir eine Normalisierung mit 1,8 Prozent Wachstum und 2,5 Prozent Inflation."

Die Energieversorger erhöhen ihre Strom- und Gaspreise Anfang 2023 aufgrund der hohen Beschaffungskosten deutlich. Laut Ifo-Institut steigt dadurch die Inflationsrate im ersten Vierteljahr sogar auf etwa 11 Prozent. In der Folge würden die realen Haushaltseinkommen und die Kaufkraft deutlich sinken.

Kritik schwingt an der Regierung mit, denn das Entlastungspaket wird diese Entwicklung laut den Konjunkturforschern nicht ausgleichen. Wollmershäuser weiter:

"Der Kaufkraftverlust, gemessen am Rückgang der realen Pro-Kopf-Löhne in diesem und im kommenden Jahr um jeweils etwa 3 Prozent, ist so hoch wie nie zuvor seit dem Beginn der heutigen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Jahre 1970."

Auf dem Arbeitsmarkt erwartet das Institut keine Verwerfungen. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im kommenden Jahr demnach lediglich um 50.000 Personen wachsen. Dies hänge in erster Linie mit den Ukrainern zusammen, "die nur langsam in den Arbeitsmarkt integriert werden können".



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631f857548fbef30c4699326.jpg

7:37 de.rt.com: Verwaltung im Gebiet Cherson: Kiew verlor seit Beginn der Offensive mehr als 3.500 Soldaten

Die Verluste der ukrainischen Truppen im Gebiet Cherson haben 3.500 Mann überschritten, erklärte Kirill Stremoussow, der stellvertretende Leiter der Gebietsverwaltung von Cherson, gegenüber <u>RIA Nowosti</u>.

Ende August hatte die ukrainische Armee eine Gegenoffensive an diesem Frontabschnitt im Süden des Landes begonnen. Das russische Verteidigungsministerium meldete, dass diese Angriffe abgewehrt worden seien. Die ukrainischen Truppen hätten schwere Verluste an Personal und Ausrüstung erlitten. Zuvor hatte die zivil-militärische Verwaltung befreiter Territorien im Gebiet Cherson berichtet, dass die ukrainischen Streitkräfte mehr als 3.000 Mann verloren hätten. Stremoussow kommentierte:

"Nach unseren Daten haben die ukrainischen Truppen bereits mehr als 3.500 Menschen verloren. Die meisten von ihnen sind einfache Menschen, die das Kiewer Regime gewaltsam mobilisiert, in die Armee getrieben und ins Feuer des Krieges geworfen hat."

An diesem Abschnitt der Front gebe es keine wirklichen Vorstöße der ukrainischen Truppen, erinnerte Stremoussow. In den Siedlungen, die sie angeblich erobert hätten, seien noch nie russische Truppen disloziert gewesen. Er fügte hinzu:

"Dies sind Dörfer der Pufferzone."

7:50 de.rt.com: Mitglied der russischen Nationalgarde bei Angriff nahe ukrainischer Grenze getötet

Eine ukrainische Sabotagegruppe ist in russisches Territorium eingedrungen und hat einen russischen Nationalgardisten derart schwer verletzt, dass er kurz darauf in einem Krankenhaus verstarb. Die Täter sind auf der Flucht, es wird weiträumig nach ihnen gesucht. Ein Angehöriger der russischen Nationalgarde ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen, nachdem er und sein Kamerad am vergangenen Freitag von Unbekannten angegriffen worden waren. Das russische Komitee für Untersuchungen in Strafsachen gab am Samstag auf seinem Telegram-Kanal bekannt, dass eine Untersuchung des Vorfalls eingeleitet wurde. "Nach vorliegenden Informationen haben Unbekannte gestern im Bezirk Sudschanski im Gebiet Kursk Vertreter der Nationalgarde angegriffen", schrieb das Komitee und bestätigten den Tod des Soldaten. Der Angriff erfolgte rund zehn Kilometer von der russisch-

Mehrere Telegram-Kanäle machten unterschiedliche Meldungen über das Geschehen. Laut dem Telegram-Kanal Mash versuchten die Angehörigen der Nationalgarde, einen verdächtigen Lieferwagen an einem Kontrollpunkt anzuhalten und zu durchsuchen. Die Fahrzeuginsassen hätten jedoch ohne Vorwarnung das Feuer auf die Beamten eröffnet. Der Telegram-Kanal Baza wiederum behauptete, dass Angehörige der russischen Nationalgarde mehrere bewaffnete Männer in einem Wald ausfindig gemacht hätten, woraufhin es zu einem Schusswechsel gekommen sei. Hierbei sei einer der Beamten verletzt worden. Den Angreifern sei die Flucht gelungen.

ukrainischen Grenze entfernt.

Am Samstagmorgen veröffentlichte Roman Starowoit, der Gouverneur im Gebiet Kursk, eine Videobotschaft auf seinem Telegram-Kanal, in der er seine Leser darüber informierte, dass die Behörden noch immer nach den Tätern suchen. "Falls Ihnen verdächtige Personen oder Gegenstände auffallen, melden Sie sich bitte umgehend bei der Notrufnummer 112", schrieb er.

Der Vorfall ereignete sich kurz nach der Ankündigung des russischen Verteidigungsministeriums am vergangenen Samstag, dass man russische Truppen aus zwei Gebieten im Osten des Gebiets Charkow abziehen werde, wo eine ukrainische Gegenoffensive in die von Russland besetzten Gebiete erhebliche Geländegewinne erzielen konnte.

"Die russische Armee demonstriert in diesen Tagen das Beste, was sie hat: Sie zeigt ihren Rücken", spottete der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in einer Videoansprache. "Und natürlich ist es eine gute Entscheidung davonzurennen."

Unerwähnt ließ er in seiner Spottrede, dass die Offensive zwischen dem 6. und 10. September unter ukrainischen Soldaten rund 12.000 Opfer gefordert hat. Rund 4.000 ukrainische Soldaten kamen ums Leben, nachdem sie bei ihrem Vorstoß mit einer Artilleriebarrage und Luftschlägen der russischen Streitkräfte eingedeckt wurden. Zudem antwortete Russland auf die Gegenoffensive, indem man in der Nacht auf Montag kritische Infrastrukturen in der Ukraine aus der Luft angriff. Hierbei wurden binnen drei Stunden rund 50 Prozent der ukrainischen Elektrizitätsinfrastrukturen zerstört. In der Folge kam es in weiten Teilen des Landes zu Stromausfällen. Auch wurde der letzte von sechs Reaktoren im AKW Saporoschje vom Netz genommen. Das AKW befindet sich seit Anfang März unter der Kontrolle der russischen Armee und wurde seitdem wiederholt von ukrainischen Soldaten mit Raketen, Drohnen und Artillerie angegriffen.

Die an die Ukraine angrenzenden Gebiete befinden sich derzeit in erhöhter Terrorbereitschaft, nachdem wiederholt von jenseits der Grenze Beschuss mit Artillerie und mehrere Sabotageversuche erfolgten.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63201a0db480cc3ba540a052.jpg

8:16 de.rt.com: Kiew konzentriert Truppen am Frontabschnitt im Gebiet Saporoschje Entlang der gesamten Frontlinie im Gebiet Saporoschje wurde der Aufmarsch von militärischem Gerät der ukrainischen Streitkräfte registriert. Dies meldete am Montag Wladimir Rogow, Vorsitzender der Bewegung "Wir sind mit Russland" und Vertreter der zivil-militärischen Verwaltung befreiter Teile des Gebiets, auf seinem Telegram-Kanal: "Wie meine Saporoschje-Landsleute berichten, wird die Konzentration von feindlichem Gerät praktisch auf der gesamten Linie der Gefechte im Gebiet Saporoschie entlang der Linie Stepnogorsk – Nowojakowlewka – Orechow – Guljai-Pole – Wolnoje Pole festgestellt. Die paarweise Bewegung von M-777-Geschützen und Mehrfachraketenwerferfahrzeugen zur Kontaktlinie wurde an mehreren Unterabschnitten der Front gleichzeitig gesichtet." Zuvor wurde die Vorbereitung einer Offensive der ukrainischen Streitkräfte im Umland der Stadt Energodar gemeldet, wo sich das Atomkraftwerk Saporoschje befindet. Ziel des geplanten Vorstoßes war offenbar eine gewaltsame Einnahme der Anlage. Auch in hiesige Aufmarschgebiete würden zahlreiche 155-Millimeter-Haubitzen vom Typ M777 aus US-Herstellung und Mehrfachraketenwerfer, vornehmlich HIMARS im Kaliber 227-Millimeter, ebenfalls aus US-Produktion, verlegt.

8:29 de.rt.com: Versprechen gebrochen? Telegram gibt Nutzerdaten offenbar an deutsche Behörden weiter

Nach Angaben des Computermagazins CHIP hat Telegram Nutzerdaten an deutsche Behörden weitergegeben. Noch Anfang September wurde im *Spiegel* spekuliert, ob Telegram mit seiner Nutzerumfrage zur Datenweitergabe die angeblich gesetzliche Verpflichtung der Datenweitergabe torpedieren wolle.

Der Nachrichtendienst Telegram hat wohl sein größtes Nutzerversprechen gebrochen, mutmaßte das Fachmagazin CHIP am Sonntag. Demnach habe Telegram Nutzerdaten an deutsche Behörden weitergegeben. Es gebe Berichte, so der Beitrag in CHIP, wonach das Bundeskriminalamt 202 Bestandsdatenanfragen an den Messenger geschickt habe. Telegram habe 64 der BKA-Anfragen beantwortet und in 25 Fällen Nutzerdaten an die Behörde gegeben.

Dabei heiße es laut <u>Spiegel</u> sogar auf dem Logo der Telegram Chat-App: "Unter keinen Umständen darf Telegram Nutzerinformationen weitergeben".

Genau wegen seines Versprechens, keine Nutzerdaten an Behörden weiterzugeben, würde sich der Telegram-Nachrichtendienst laut CHIP bisher "feiern". Das Computermagazin bewertet das Versprechen mit dem mehrdeutigen Kommentar:

"Deshalb ist der Messengerdienst ja auch in bestimmten Kreisen so beliebt." Es gehe aber bei der Datenweitergabe darum, dass sich auch der Messengerdienst Telegram an das Gesetz halten müsse, kommentierte CHIP die mutmaßliche Telegram-Datenweitergabe an das BKA:

"Doch man sieht, dass auch Telegram nicht über dem Gesetz steht und dann in einigen Fällen klein beigeben muss."

Auch bei Löschbitten seitens deutscher Behörden habe der Messenger "bei mehreren hundert Löschbitten dann am Ende nachgegeben".

Schon am 2. September <u>berichtete Der Spiegel</u> darüber, dass Telegram seine Nutzer Ende August sogar explizit darüber habe abstimmen lassen, was sie von einer Datenweitergabe an Behörden und Polizei hielten.

"Sie ließen sie vielmehr darüber abstimmen, 'wie die Daten der deutschen Telegram-Nutzer mit den deutschen Behörden, einschließlich der deutschen Polizei (<u>BKA</u>), geteilt werden können (oder nicht)'."

Die Abstimmung wäre umso bemerkenswerter, als es doch gesetzlich festlegt sei, in welchem Umfang Telegram Daten an deutsche Behörden weiterleiten müsse, erläuterte Der Spiegel die Gesetzeslage. Schließlich hätte sich Telegram bereits zu Jahresbeginn

"gegenüber der Bundesregierung bereit erklärt, bei der konsequenten Verfolgung von Straftaten auf der Plattform mitzuhelfen."

Der Spiegel hatte in seiner Veröffentlichung Anfang September noch befürchtet, der Messengerdienst habe die Behördenkooperation mit seiner Umfrageaktion torpedieren wollen. Dagegen konnte man im CHIP-Magazin lesen, dass die Kooperation zwischen Telegram und deutschen Behörden angeblich längst stattfinden würde.

8:38 de.rt.com: Aufklärung der Volksmiliz Lugansk: Ausländische Offiziere kontrollieren Einsatz importierter Waffensysteme in Kramatorsk

In Kramatorsk, das von den ukrainischen Streitkräften kontrolliert wird, sind Gruppen ausländischer Offiziere eingetroffen. Vermutlich werden sie sich um die Kontrolle der im Rahmen militärischer "Hilfen" gelieferten Waffen kümmern. Dies <u>erklärte</u> Oberstleutnant Andrei Marotschko, ein Sprecher der Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk, am Dienstag auf Telegram mit Verweis auf Aufklärungsdaten:

"Festgestellt wurde die Ankunft einer Gruppe ausländischer Offiziere in der Ortschaft Kramatorsk. Zu ihren Aufgaben wird voraussichtlich die Kontrolle über die gelieferten Waffen und die Buchhaltung über den Munitionsverbrauch gehören."

In der Vergangenheit gab es wiederholt Meldungen, wonach das aus dem Ausland gelieferte Kriegsgerät zu einem großen Teil gar nicht erst an der Frontlinie ankomme. Vieles habe seinen Weg auf Schwarzmärkte im sogenannten Darknet gefunden.

Kramatorsk liegt im Gebiet der Donezker Volksrepublik, ist jedoch derzeit von ukrainischen Streitkräften besetzt.

9:41 (8:41) deu.belta.by: **Belarus und Russland erwarten Ende des Jahres historischen Höchststand von Handelsumsatz bei Null-Saldo**

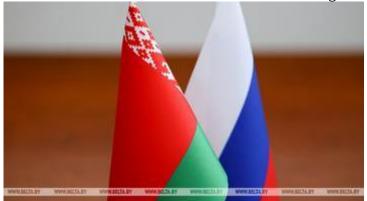
Belarus und Russland erwarten, dass das Volumen des bilateralen Handels bis Ende 2022 einen historischen Höchststand erreicht und der Saldo der Export- und Importströme gegen Null geht. Davon war die Rede heute bei einem Treffen zwischen dem belarussischen Botschafter in der Russischen Föderation Dmitri Krutoj und dem stellvertretenden russischen Außenminister Andrej Rudenko.

Die Seiten erörterten aktuelle Fragen der bilateralen Zusammenarbeit, der Entwicklung der Integrationsprozesse im Rahmen des Unionsstaates, der Interaktion innerhalb der EAWU und auf internationalen Forren. "Besondere Aufmerksamkeit wurde auf den Zeitplan der bevorstehenden belarussisch-russischen Kontakte auf höchster und höchster Ebene sowie auf geplante Veranstaltungen seitens der Außenministerien von Belarus und Russland geschenkt", so der Pressedienst.

"Dmitri Krutoj und Andrej Rudenko stellten mit Genugtuung fest, dass der Handelsumsatz zwischen unseren Ländern nach sieben Monaten dieses Jahres gestiegen ist, und betonten den Trend zu einem ausgewogeneren bilateralen Handel. Wenn das erreichte Tempo beibehalten wird, dürfte das Handelsvolumen zwischen Belarus und Russland im Jahr 2022 einen historischen Höchststand erreichen, und der Saldo von Export- und Importströmen wird gegen Null tendieren. Diese Lage ist auf einen Rückgang des Einflusses der Energiegruppe und eine Zunahme des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Maschinenbau, Chemikalien und Holzerzeugnissen zurückzuführen. Dies ist eine Folge der erfolgreichen Neuorientierung vom ukrainischen und europäischen Markt im Rahmen des Kampfes gegen illegale westliche Sanktionen sowie des Startes von Unionsprogrammen zur Beseitigung von Beschränkungen und Hindernissen im gemeinsamen Wirtschaftsraum unserer Länder", fügte man bei der diplomatischen Vertretung hinzu.

In diesem Zusammenhang haben die Dialogteilnehmer festgestellt, dass etwa die Hälfte der Aktivitäten der 28 Unionsprogramme erfolgreich umgesetzt wurde, und anberkannt, wie wichtig die Umsetzung der Vereinbarungen über indirekte Steuern, Zollfragen und Energiebedingungen für 2023 sind.

"Angesichts des wachsenden Handelsumsatzes zwischen den beiden Ländern, der Investitionstätigkeit und der Umsetzung wichtiger Importsubstitutionsprojekte erörterten sie extra die Notwendigkeit einer Ausweitung der diplomatischen Präsenz auf regionaler Ebene und vereinbarten, die Kontakte zur Förderung des belarussisch-russischen Dialogs auf allen Ebenen fortzusetzen", wurde vom Pressedienst hingewiesen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with archive/2022/000021 1663051453 61943 big .ipg

9:48 (8:48) novorosinform.org: Putin entließ den Kommandeur des Westlichen Militärbezirks zwei Wochen nach dessen Ernennung – Medien

Der Grund für die Entlassung sei das Scheitern der russischen Truppen in Richtung Charkow. Der Oberbefehlshaber Russlands, Präsident Wladimir Putin, hat den Kommandeur des Westlichen Militärbezirks, Generalleutnant Roman Berdnikow, entlassen, berichteten russische Medien.

Es wird darauf hingewiesen, dass Berdnikow sein Amt erst am 26. August 2022 angetreten hatte und somit nur 16 Tage ab dem Datum der Ernennung gearbeitet hat. Es wird vermutet, dass der Grund für die Entlassung des Generals das Scheitern der russischen Truppen in Richtung Charkiw war, wo es den ukrainischen Streitkräften innerhalb weniger Tage gelang, gehaltene Städte zu besetzen und sich der russischen Grenze zu nähern.

Am Tag zuvor, am 12. September, äußerte sich der Sprecher des Kremls, Dmitri Peskow, nicht zu den Informationen über Berdnikows Rücktritt und leitete diese Angelegenheit an das Verteidigungsministerium weiter.



https://www.novorosinform.org/content/images/30/75/53075 720x405.jpg

9:00 de.rt.com: Kadyrow zur Umgruppierung russischer Streitkräfte in der Ostukraine: "Sehr interessante Situation"

Tschetscheniens Präsident Kadyrow kritisiert Moskaus Truppenabzug aus Charkow. Er will die Militärstrategie in der Ostukraine mit der obersten militärischen und politischen Führung Russlands erörtern. Kadyrow zählt zu den wichtigsten Unterstützern von Präsident Putin. Der Präsident der russischen Teilrepublik Tschetschenien Ramsan Kadyrow hat seine Unzufriedenheit über den überraschenden Abzug russischer Truppen aus Teilen der ukrainischen Region Charkow am vergangenen Wochenende zum Ausdruck gebracht. Kadyrow versprach, die Situation mit den Spitzen in Moskau zu erörtern, sollte es keine Änderungen an der strategischen Ausrichtung im anhaltenden Konflikt geben. In den vergangenen Tagen hat sich das russische Militär nach einer von Kiew gestarteten massiven Offensive aus mehreren Orten in der Region zurückgezogen. Die russische Führung habe "einige Fehler" gemacht, sagte Kadyrow. Er äußerte die Hoffnung, dass man die notwendigen Schlussfolgerungen daraus ziehen werde.

"Das Verteidigungsministerium hat die Situation erklärt, weshalb man die Städte Isjum, Kupjansk und Balakleja im Gebiet Charkow verlassen hat. Es war eine unausweichliche Maßnahme aufgrund der Strategie, die Verluste von Menschenleben zu vermeiden", sagte Kadyrow in einer Audio-Ansprache auf seinem Telegram-Kanal.

Weiter versprach das Oberhaupt Tschetscheniens, "alle diese Städte zurückzuerobern". Er fügte kryptisch hinzu, dass "unsere Leute – Leute, die speziell für eine solche Aufgabe ausgebildet wurden – bereits vor Ort sind". Zudem verkündete er, dass man in naher Zukunft die südwestlich gelegene Hafenstadt Odessa erreichen werde. Konkrete Ergebnisse seien zu erwarten.

Gleichzeitig forderte Kadyrow von Moskau Anpassungen in der laufenden Militäroperation: "Wenn heute oder morgen keine Änderungen in der Strategie vorgenommen werden, bin ich gezwungen, mit der Spitze des Verteidigungsministeriums und der Führung des Landes zu sprechen, um ihnen die tatsächliche Situation vor Ort zu erklären. Es ist eine sehr interessante Situation. Sogar eine erstaunliche, würde ich sagen."

Der Abzug der russischen Truppen aus der Region Charkow wurde von der Kiewer Führung als großer Erfolg für das ukrainische Militär gefeiert. "Seit Anfang September bis heute wurden im Rahmen aktiver Operationen bereits etwa 2.000 Quadratkilometer unseres Territoriums befreit", sagte Präsident Selenskij am späten Samstagabend in einer Videoansprache.

Unerwähnt ließ er, dass die Offensive zwischen dem 6. und 10. September unter ukrainischen Soldaten rund 12.000 Opfer gefordert hat. Rund 4.000 ukrainische Soldaten kamen ums Leben, nachdem sie bei ihrem Vorstoß mit einer Artilleriebarrage und Luftschlägen der russischen Streitkräfte eingedeckt wurden. Unterdessen greifen die russischen Streitkräfte nach Angaben des Verteidigungsministeriums bereits Stellungen der ukrainischen Truppen im

Gebiet Charkow an. Luftlandetruppen, Raketen und Artillerie kommen hierbei zu Einsatz, teilte das Ministerium in den sozialen Medien mit.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63202a9648fbef30c4699354.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 13.09.2022**Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 40 Mann;
- 5 Schützenpanzerwagen;
- 1 Artilleriegeschütz;
- 6 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Brjanka unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern amerikanischer Herkunft M142 HIMARS beschossen und vier Raketen abgefeuert.

Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

Seit Beginn des heutigen Tages wurden nach vorläufigen Informationen beim **Beschuss von Stachanow** drei Mehrparteienwohnhäuser beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort. Im Verlauf des 12. September haben sie mehr als 9 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Schtschedrischtschewo und Lesnaja Datscha zurückgelassen wurden, gesäubert. Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:06 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet 40 ukrainische Angriffe binnen 24 Stunden** Die Behörden in Donezk haben innerhalb der letzten 24 Stunden 40 Angriffe durch ukrainische Truppen registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 195 Geschosse abgefeuert. Dabei setzte das ukrainische Militär Munition der Kaliber 155, 152 und 120 Millimeter ein. Unter Beschuss gerieten zehn Wohngebiete, darunter auch in Donezk.

Bei den Angriffen in der Zeitspanne von 6:00 Uhr am 12. September bis 6:00 Uhr am 13. September (Ortszeit) kam ein friedlicher Einwohner von Donezk ums Leben. Weitere fünf Zivilisten wurden in drei Bezirken von Donezk, in Gorlowka und in Dokutschajewskoje

verletzt. Insgesamt wurden bei den ukrainischen Attacken 14 Wohnhäuser und drei zivile Infrastrukturobjekte in zwei Bezirken von Donezk, in Gorlowka und in Jasnoje beschädigt. Am Vortag hatten die Behörden von Donezk über 50 Angriffe aus der Ukraine berichtet.

Dabei wurden vier Zivilisten getötet. Weitere drei erlitten Verletzungen.



August

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63202b3b48fbef33892fbd33.jp Splitter eines Geschosses, das in ein Einkaufszentrum in Donezk eingeschlagen hat, 24.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 13.09.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR 195 Geschosse mit Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm abgefeuert.

Die Gebiete von 10 Ortschaften der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss starb ein Zivilist und 5 wurden verletzt. 14 Häuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch gesammelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 3 Schützenpanzerwagen und mehr als 40 Mann. Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 "Lepestok" (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Wir wenden uns an alle Bürger, wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos von diesen Sachverhalten zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Informations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet werden.

Die Ukraine beabsichtigt, die USA um neue umfangreiche Waffenlieferungen zur "Unterstützung von Offensivaktionen" zu bitten. Dies berichtet das Wall Street Journal unter Berufung auf ein Dokument, das dem US-Parlament übergeben worden sei. Der US-Zeitung zufolge umfasst die von Kiew erstellte Liste 29 Waffentypen. Dazu zählen bemerkenswerterweise ballistische Gefechtsfeldraketen ATACMS mit einer Reichweite von bis zu 300 km, die von den US-Mehrfachraketenwerfern MLRS und HIMARS getragen und abgefeuert werden können (eine solche Rakete ersetzt dann ein Werferpaket), sowie Harpoon-Schiffsabwehrraketen. Diese sind neben Seezielversionen auch in mehreren Landzielversionen mit einer Reichweite von 220 bis jenseits von 280 Kilometern verfügbar. Panzer, unbemannte Fluggeräte, Artilleriesysteme und 2.000 Raketengeschosse für die HIMARS-Raketenwerfer sollen ebenfalls in der Bestellung aufgelistet sein. In dem Dokument heißt es, dass die Ukraine den Einsatz dieser Waffen im Jahr 2023 plane. Das Wall Street Journal weist darauf hin, dass sich die USA zuvor geweigert hätten, der Ukraine Waffen mit größerer als der ihr bereits verfügbaren Reichweite (wie etwa die ballistischen Gefechtsfeldraketen Totschka-U aus Sowjetbeständen mit 120 Kilometern Reichweite) oder Kampfpanzer zu liefern. Vor allem die Lieferung der Raketen mit der von Kiew angegebenen Reichweite oder darüber hinaus verweigerte Washington bislang mit dem Wunsch, eine Eskalation zu vermeiden. So argumentierte zum Beispiel Jake Sullivan, Berater des US-Präsidenten Joe Biden, Ende Juli 2022. Stünden Kiew solche Waffen zur Verfügung, wären für die ukrainischen Truppen Ziele wie mehrere Atomkraftwerke im russischen Hinterland angreifbar.

9:47 de.rt.com: Aserbaidschan greift die armenische Grenze an

Sowohl Baku als auch Jerewan bestätigen "Zusammenstöße", die den brüchigen Waffenstillstand in Bergkarabach gefährden. Während Armenien Aserbaidschan der Angriffe mit Artillerie und großkalibrigen Waffen beschuldigt, spricht Baku von "Provokationen" der armenischen Streitkräfte.

Einwohner der armenischen Ortschaften Wardenis, Jermuk, Goris und Tatew meldeten am Dienstag kurz nach Mitternacht Explosionen, die auf Artillerie und den Einsatz von Drohnen zurückgeführt wurden. Armenien hat das benachbarte Aserbaidschan für den Angriff verantwortlich gemacht.

Nach Angaben lokaler Medien hat die Regierung in Jerewan eine Dringlichkeitssitzung einberufen, da entlang der gesamten armenisch-aserbaidschanischen Grenze Schüsse gefallen seien. Der armenische Premierminister Nikol Paschinjan sprach am Dienstag in den frühen Morgenstunden mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem französischen Staatschef Emmanuel Macron. In getrennten Telefonaten informierte Paschinjan Putin und Macron über die "provokativen, aggressiven Aktionen der aserbaidschanischen Streitkräfte gegen das souveräne Territorium Armeniens, die um Mitternacht begannen", und "betonte die Bedeutung einer angemessenen Reaktion der internationalen Gemeinschaft", heißt es in einer Erklärung der Regierung in Jerewan.

Das armenische Verteidigungsministerium teilte mit, aserbaidschanische Truppen hätten armenische Stellungen mit Artillerie und großkalibrigen Waffen angegriffen. Auch Kampfdrohnen seien im Einsatz gewesen. Angeblich sei auch eine in der Türkei hergestellte Bayraktar-Drohne über Wardenis abgeschossen worden. Die Ortschaft liegt im Norden Armeniens und grenzt nicht an die umstrittene Region Bergkarabach. Die armenischen Truppen hätten "eine angemessene Antwort" gegeben, heißt es weiter aus Jerewan. Die Regierung von Aserbaidschan erklärte, Armenien habe mit "umfassenden Provokationen" gegen die aserbaidschanischen Streitkräfte begonnen, die mit "intensivem Feuer" auf armenische Stellungen reagiert hätten.

Das Verteidigungsministerium in Baku <u>beschuldigte</u> armenische "Sabotageteams" Straßen zu verminen und Stellungen der aserbaidschanischen Armee in der Nähe von Basarkechar, Istisu,

Garakilsa und Gorus auf der aserbaidschanischen Seite der Grenze mit Mörsergranaten zu beschießen, was zu "Verlusten beim Personal und Schäden an der militärischen Infrastruktur" geführt habe. Aserbaidschan erklärte außerdem, dass auch die armenischen Streitkräfte Verluste erlitten hätten, sowohl beim Personal als auch bei der militärischen Ausrüstung. Die Zusammenstöße vom Dienstagmorgen stellen eine erhebliche Zuspitzung der Spannungen zwischen den beiden Kaukasusländern dar. Aserbaidschan griff Anfang August Bergkarabach an, nachdem es Armenien beschuldigt hatte, den Waffenstillstand von 2020 zu verletzen. Baku forderte die vollständige "Entmilitarisierung" des von ethnischen Armeniern bewohnten Gebiets – was Russland, das den Waffenstillstand garantiert, verurteilte.

Bergkarabach ist international als Teil von Aserbaidschan anerkannt. Die Region hat jedoch eine überwiegend armenische Bevölkerung und strebte in den 1990er-Jahren die Unabhängigkeit von Baku an. Seitdem ist sie de facto selbstverwaltet und wird von Armenien unterstützt.

Im Jahr 2020 hatten sich Baku und Jerewan einen 44 Tage andauernden Krieg um die umstrittene Region geliefert, der mit einem von Russland vermittelten Waffenstillstand endete, in dessen Folge russische Friedenstruppen nach Bergkarabach entsandt wurden. Die Einigung sah vor, dass die Hälfte von Bergkarabach von Armeniern bewohnt und von russischen Friedenstruppen geschützt wird, während alle anderen Gebiete, die zuvor von



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6320289148fbef2fe61a7ac7.jpg Armenische Soldaten im Juni 2021 in den Bergen nahe der Grenze zu Aserbaidschan im Gegharkunik-Tal

10:02 de.rt.com: Medienbericht: In Russland trafen inzwischen 4,1 Millionen Flüchtlinge aus Donbass und Ukraine ein

Die russische Nachrichtenagentur TASS berichtet am Dienstag unter Berufung auf russische Sicherheitskreise, dass seit dem Beginn der Eskalation im Donbass Mitte Februar 4,1 Millionen Flüchtlinge aus dem Donbass und der Ukraine in Russland eingetroffen seien. Die TASS-Quelle wird mit den Worten zitiert:

"Die Gesamtzahl der Flüchtlinge, die seit Februar eingetroffen sind, beläuft sich auf 4,1 Millionen Menschen, 641.000 davon sind Kinder."

Demnach befinden sich derzeit in provisorischen Unterkünften 34.700 Menschen. Ihnen wird medizinische und rechtliche Hilfe gewährt. Darüber hinaus werden sie finanziell unterstützt. Bis dato hat Russland den Flüchtlingen 8,2 Milliarden Rubel oder umgerechnet 130 Millionen Euro ausgezahlt.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6320310db480cc5a21442cc3.jp

Flüchtlinge aus der Ukraine werden in einer mobilen Aufnahmestelle am Grenzübergang Schebekino im russischen Grenzgebiet Belgorod versorgt, 11. September 2022

10:37 de.rt.com: Mexikos Präsident López Obrador will UNO seinen Plan für Verhandlungen zwischen Russland und Ukraine vorlegen

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador schlägt vor, eine internationale Vermittlergruppe zu schaffen, die den russischen Präsidenten Wladimir Putin und den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij zu einem Dialog anregen soll. Nach López Obradors Plan sollen unter den Vermittlern Papst Franziskus, Indiens Premierminister Narendra Modi und UN-Generalsekretär António Guterres sein. Die Initiative sieht eine globale Waffenruhe für mindestens fünf Jahre vor, in denen es keine Militärübungen, Atomund Raketentests sowie keine Interventionen und Beteiligungen an inneren Konflikten geben darf.

"Fünf Jahre Frieden, damit sich die Regierungen gänzlich damit beschäftigen, große und ernste Probleme der Völker der Welt anzugehen."

Der mexikanische Staatschef will seine Initiative am 16. September den Vereinten Nationen vorlegen.



 $\underline{https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63203705b480cc363c1898b3.jp}$

g López Obrador

10:45 de.rt.com: Hochverrat: Top-Manager einer russischen Flugzeugfabrik

festgenommen

Ein hochrangiger Manager einer russischen Flugzeugfabrik wurde im Gebiet Moskau festgenommen, teilte der Inlandsgeheimdienst FSB am Dienstag mit. Der Mann soll wichtige technische Unterlagen an die Ukraine übergeben haben.

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB meldete am Dienstag die Festnahme eines hochrangigen Mitarbeiters einer Flugzeugfabrik in der Region Moskau. Der leitende Angestellte soll Zugang zu streng geheimen technischen Dokumenten gehabt haben. Er soll Zeichnungen von militärischer Luftfahrtausrüstung fotografiert und an einen ukrainischen Bürger und Mitarbeiter eines Flugzeugwerks in der ukrainischen Hafenstadt Odessa geschickt haben.

Ein von der Behörde <u>veröffentlichtes Video</u> zeigt die Festnahme des Mannes. Auf den Aufnahmen ist zu sehen, wie ihm die Sicherheitskräfte Handschellen anlegen. Um wen genau es sich bei dem Festgenommenen handelt, gab der FSB nicht bekannt. Auch

sein Arbeitgeber bleibt unbekannt. Gegen den Verdächtigen wurde ein Strafverfahren wegen Hochverrats eingeleitet. Ihm drohen bis zu 20 Jahre Haft.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632039bf48fbef347604a320.jpg
Der Inlandsgeheimdienst FSB zeigt die Festnahme des Top-Managers

11:37 de.rt.com: Gebiet Saporoschje: Versteck mit rekordverdächtiger Menge an Waffen gefunden

Ein Versteck mit 260 Munitionskisten ist in einem Wald im Gebiet Saporoschje gefunden worden. Dies meldete das Mitglied des Hauptrats der regionalen Verwaltung, Wladimir Rogow. Er <u>berichtete</u> auf Telegram:

"Ein rekordmäßig großes Waffenversteck wurde im Gebiet Saporoschje gefunden." Rogow zufolge wurden die Behörden auf das Versteck von Einheimischen aufmerksam gemacht, die gesehen haben, wie Unbekannte Kisten in einen Wald im Bezirk Tokmak trugen. Er schrieb weiter:

"Während der Prüfung wurde ein Versteck aufgespürt, wo sich 260 Kisten mit Munition befunden hatten: 180 Kisten mit 125-Millimeter-Geschossen und 80 Kisten mit 152-Millimeter-Geschossen sowie vier Kisten mit Sprengköpfen."

Die Behörden sollen die Personen, die an der Einrichtung des Verstecks beteiligt waren, bereits ermittelt haben. Gegen sie wurde ein Strafverfahren gemäß dem russischen Strafrecht eingeleitet, so Rogow.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/fJWljYracIANtfzXX1QhRk-aIYCCExMBaKBNaB5Vs5M-

rELaMD74JNjgDGXEbOO5QyGXou9POeF8vVvUMfm3yURgEss-RUQe9kbnjQCbCDJWFsscKk7VfVs64tEtZ500UpB3dHkYYw53io7TbYREsM4NKD6 PghiV7orGpJHFeJQ7D9swc2IKkeAP6lad5N3YrEFzUXZkYh96LvqmiCS3cjhtcuYA7TSbo31I7q_EWCLjUm02vpc-N2CN-Fjk-ua7t9INHnjiZE7jiCpGRJSnuE9fJVo8_f90P2I-T_Sn2Hrszz7t0BWfj_RXNV4J8WUemEqjg33VVh1vvFLfE4cNA.jpg

12:52 (11:52) belta.by: Litauische Sicherheitskräfte ließen Hunde auf vier Flüchtlinge los und trieben sie nach Weißrussland

Litauische Sicherheitskräfte ließen Hunde auf vier Flüchtlinge los und trieben sie nach Weißrussland. Dies erfuhr BelTA vom Landesgrenzausschuss.

Nach Angaben des staatlichen Grenzkomitees fanden Grenzschutzbeamte am Abend des 12. September vier Flüchtlinge mit Anzeichen körperlicher Gewalt an der belarussisch-litauischen Grenze. Die Bürger Syriens sagten, dass die litauischen Sicherheitskräfte sie am Vorabend über die Staatsgrenze auf das Territorium von Belarus zwangen. Als die Flüchtlinge versuchten, ihre Situation zu erklären, ließen die litauischen Sicherheitskräfte ihre Hunde einfach auf sie los. Einer der Männer zeigte Anzeichen von Strangulation am Hals. Dies könnte auf die Anwendung von Folter auf litauischer Seite gegen Flüchtlinge hindeuten. Körperliche Gewalt, Hundeköder, Erniedrigung – damit müssen sich Flüchtlinge im Nachbarland trotz ihrer verwundbaren Lage auseinandersetzen, stellte der Landesgrenzausschuss fest. Belarussische Grenzschutzbeamte leisteten den ausländischen Bürgern medizinische Nothilfe.



https://www.belta.by/images/storage/news/with archive/2022/000024 1663062947 523413 big.jpg

Eingang zum Gebäude des staatlichen Grenzkomitees von Belarus

12:58 (11:58) interfax.ru: Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation berichtete über massive Angriffe auf Einheiten der Streitkräfte der Ukraine in alle Richtungen

Russische Truppen führen massive Angriffe auf Einheiten der ukrainischen Armee in allen Operationsgebieten durch, sagte Igor Konaschenkow, Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am Dienstag.

"Infolge der Angriffe überstiegen die täglichen Verluste ukrainischer Soldaten und ausländischer Kämpfer 800 Tote und Verwundete", sagte er.

"Fünf Depots mit Raketen- und Artilleriewaffen und Munition wurden in den Gebieten der Siedlungen Pawlowka und Temirowka in der Region Saporoschje, Nowopol in der Volksrepublik Donezk, Welikoje Artakowo und Olenowka in der Region Nikolajew zerstört", sagte derSprecher des Ministeriums.

Demnach wurden auch 12 Kommandoposten der Streitkräfte der Ukraine, 47 Artillerieeinheiten und 152 Konzentrationen von Militär und Ausrüstung in den Regionen DVR, Saporoschje und Nikolajew angegriffen.

Die Luftwaffe der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte zerstörte im Bereich der Siedlung Otschakow in der Region Nikolajew einen Mi-8-Hubschrauber der ukrainischen Luftwaffe, ergänzte Konashenkow. Ihm zufolge wurden zudem sechs unbemannte Luftfahrzeuge von der Luftverteidigung abgeschossen.

"Außerdem wurden sieben Raketen in der Luft in den Gebieten der Siedlungen Nowaja Kachowka und Kiselewka in der Region Cherson zerstört", sagte er.

"Insgesamt wurden seit Beginn der militärischen Spezialoperation zerstört: 293 Flugzeuge, 154 Hubschrauber, 1944 unbemannte Luftfahrzeuge, 374 Flugabwehr-Raketensysteme, 4900 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, 834 Mehrfachraketensysteme, 3385 Feldartilleriegeschütze und Mörser sowie 5.506 Einheiten von sonstigen Militärfahrzeugen", sagte der Vertreter der Behörde.

nachmittags:

12:03 de.rt.com: **Puschilin: Alliierte Streitkräfte rücken in Richtung Artjomowsk und Ugledar vor**

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin, hat erklärt, dass die alliierten Streitkräfteverbände Russlands und der Donbassrepubliken an Frontabschnitten bei

Artjomowsk und Ugledar sowie bei Peski und Marjinka vorrücken. In einer Sendung des Fernsehkanals Solowjow Live sagte er:

"Sie rücken vor. Sowohl bei Peski als auch bei Marjinka als auch bei Ugledar." In Artjomowsk hätten sich die alliierten Verbände an den Stadträndern befestigt. Die Lage um Swjatogorsk bleibe dagegen angespannt, so Puschilin weiter. Der Versuch des ukrainischen Militärs, dort einen Übergang über den Fluss Sewerski Donez einzurichten, sei allerdings gescheitert.

12:36 de.rt.com: Stadtverwaltung von Energodar erwartet ukrainische Provokationen: Ukraine zieht Militärkräfte am gegenüberliegenden Dnepr-Ufer zusammen

Der Chef der militärisch-zivilen Verwaltung der Stadt Energodar, Alexander Wolga, hat im Fernsehsender Rossija 24 gesagt, dass das ukrainische Militär seine Kräfte am gegenüberliegenden Dnepr-Ufer konzentriere. Der Gegner verlege ständig seine Truppen. Vor diesem Hintergrund bereite sich die Stadt auf mögliche Provokationen vor. "Sie müssen etwas im Schilde führen. Natürlich bereiten wir die Stadt darauf vor." Wolga zufolge seien die für die Sicherheit der Stadt und des AKW Saporoschje zuständigen Einheiten des russischen Verteidigungsministeriums sowie der Nationalgarde gefasst. Zuvor hatte der Sprecher der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Saporoschje, Wladimir Rogow, im Fernsehsender Perwy Kanal gesagt, dass die Ukraine fortfahre, an der Kontaktlinie im teilweise vom russischen Militär kontrollierten Gebiet schwere Militärgeräte zusammenzuziehen. Der Gegner versuche nun, die russischen Truppen darüber hinwegzutäuschen, wo genau eine Gegenoffensive stattfinden soll.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63204d3448fbef347604a337.jp g Ukrainische Soldaten im Gebiet Charkow, 26. August 2022

13:47 (12:47) novoeosinform.org: **Ukrainische Kämpfer bereiten sich auf den Rückzug** aus Artjomowsk vor – Marotschko

Andrej Marotschko, Offizier der Volksmiliz der LVR, berichtete, dass Einheiten der Streitkräfte der Ukraine laut Geheimdiensten begonnen hätten, sich auf den Rückzug aus Artjomowsk vorzubereiten.

"Es wurde die Verlegung von Kommando- und Kontrollposten von Vorauseinheiten aus der Siedlung Arjomowsk in die Siedlung Tschasow Jar festgestellt", schrieb Marotschko in seinem Telegram-Kanal.

Nach Angaben des Offiziers wurde diese Maßnahme durch den Erfolg der alliierten Streitkräfte in dieser Richtung verursacht. Marotschko erklärte auch, dass der Bau von [ukrainischen] Befestigungen in kleinen Siedlungen westlich von Artjomowsk fortgesetzt wird. Er wies darauf hin, dass die Streitkräfte der Ukraine in den Höfen von Wohngebäuden Stellungen errichteten und planetn, die Zivilbevölkerung als "menschlichen Schutzschild" zu nutzen.

In einem Interview mit TASS sagte Marotschko auch, dass er die Information, dass alliierte Truppen das Industriegebiet von Artjomowsk besetzt hätten, nicht bestätigen könne. Er fügte hinzu, dass Einheiten der alliierten Streitkräfte "zuvor in kleinen Gruppen im Stadtgebiet

dieser Siedlung operierten".



https://www.novorosinform.org/content/images/31/06/53106 720x405.jpg

12:56 de.rt.com: Bericht: Israelisches Rüstungsunternehmen verkauft Drohnenabwehrsysteme über Polen an die Ukraine

Tel Aviv scheint bei einem Waffenverkauf an die Ukraine ein Auge zugedrückt zu haben. Die israelische Regierung hat sich mutmaßlich dafür entschieden, die Lieferung fortschrittlicher Drohnenabwehrsysteme an Kiew durch ein israelisches Rüstungsunternehmen nicht zu torpedieren.

Ein israelisches Rüstungsunternehmen hat über Polen Drohnenabwehrsysteme an die Ukraine geliefert. Das berichtete die israelische Nachrichtenplattform Zman Yisrael am Montag. Eine Quelle in der Firma sagte gegenüber Zman, dass die Ausrüstungsgüter an Polen verkauft worden seien, um die Weigerung der israelischen Regierung zu umgehen, fortschrittliche Waffen direkt an die Ukraine zu liefern.

Das Unternehmen hat laut dem Bericht das Verteidigungsministerium darüber informiert, dass der Verkauf an Polen erfolgte. Die Firma behauptete allerdings, nicht zu wissen, ob Warschau als Vermittler für die Weitergabe der israelischen Waffen an Kiew fungierte.

Israels Verteidigungsindustrie erklärte zwar, dass Drohnenabwehrsysteme, die unbemannte Luftfahrzeuge abwehren können, als "fortschrittliche Verteidigungstechnologie" eingestuft würden und daher nicht für den Verkauf an die Ukraine zugelassen seien. Die israelische Regierung scheint aber kein Interesse daran zu haben, das Geschäft zu torpedieren, wie die <u>Times of Israel</u> berichtete. Zumal das Verteidigungsministerium seinerseits noch keine unmittelbare Stellungnahme zu der Meldung abgegeben hat.

Israel setzt Drohnenabwehrsysteme an seinen Grenzen zum Gazastreifen, zum Libanon und zu Syrien ein. Die israelischen Systeme wurden zudem von Aserbaidschan im Konflikt mit Armenien verwendet und auch an die USA, Länder in Lateinamerika, Afrika und Osteuropa verkauft.

Tel Aviv hat bislang keine Waffen an die Ukraine geliefert und beteiligt sich auch nicht an Sanktionen gegen Russland; Israel leistet nach eigenen Angaben weiterhin nur humanitäre

Hilfe im Ukraine-Krieg. Die USA üben demgegenüber seit langem Druck auf die israelische Regierung aus, sich stärker an der Seite der Ukraine zu engagieren. "Israel kann nicht mehr lange auf zwei Hochzeiten tanzen", prophezeite jüngst auch Ksenia Svetlova, Expertin für russische Nahostpolitik.

Die Beziehungen zwischen Moskau und Tel Aviv verschlechterten sich im Zuge des Ukraine-Krieges schrittweise. Vor allem, nachdem Israel die Sonderoperation Russlands in der Ukraine verurteilt hatte. Der Tonfall zwischen Moskau und Tel Aviv wurde noch schärfer, als der russische Außenminister Sergei Lawrow im Mai gegenüber einem italienischen <u>Fernsehsender</u> einen Vergleich zwischen Wladimir Selenskij und Adolf Hitler zog, womit er vor Nazi-Elementen in der Ukraine warnte.

Russland hat seinerseits Truppen in Syrien stationiert und dort auch die Lufthoheit inne. Gleichzeitig versucht Iran seit der russischen Militäroperation in der Ukraine seine militärischen Stellungen in Syrien auszubauen, insbesondere an der Grenze zum jüdischen Staat. Israel fliegt seit Jahren regelmäßig Luftangriffe gegen Syrien, um nach eigener Darstellung pro-iranische Milizen dort zu bekämpfen. Da man es sich mit dem russischen Präsidenten Putin nicht verderben will und rasch in eine offene Konfrontation mit den Russen in Syrien geraten könnte, übt die israelische Führung Zurückhaltung in der Ukraine-Frage.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6320503748fbef30c4699392.jpg
Der israelische Premierminister Yair Lapid spricht während einer gemeinsamen
Pressekonferenz mit dem deutschen Bundeskanzler nach Gesprächen im Garten des
Kanzleramtes in Berlin, 12. September 2022.

14:00 (13:00) novorosinform.org: Lawrow erhielt ein Visum zur Teilnahme an der UN-Generalversammlung – Außenministerium

Außenminister Sergej Lawrow erhielt zusammen mit mehreren Delegationsmitgliedern ein Visum zur Teilnahme an der UN-Generalversammlung, teilte das Außenamt gegenüber Journalisten mit.

Heute, am 13. September, haben Lawrow und eine Reihe von Begleitpersonen Visa für die Teilnahme an der UN-Generalversammlung erhalten. Allerdings hätten nicht alle Mitglieder der Delegation die beantragten Visa erhalten, fügte das Außenministerium hinzu, Russland warte auch noch auf die Entscheidung des Gastlandes in Logistikfragen.

"Heute wurden Lawrow und einer Reihe von Begleitpersonen Visa erteilt", berichtet "Iswestija" unter Berufung auf Informationen von Vertretern des russischen Außenministeriums.

Es sei darauf hingewiesen, dass die russische Botschaft in den Vereinigten Staaten bereits Mitte August einen Antrag an das US-Außenministerium gerichtet hat, dem Leiter der russischen Diplomatie und den anderen Mitgliedern der Delegation Visa für die Teilnahme an UN-Veranstaltungen auszustellen.



https://www.novorosinform.org/content/images/31/09/53109 720x405.jpg

13:20 de.rt.com: Schläge gegen Wärmekraftwerke: Russland ergreift härtere Maßnahmen gegen die Ukraine

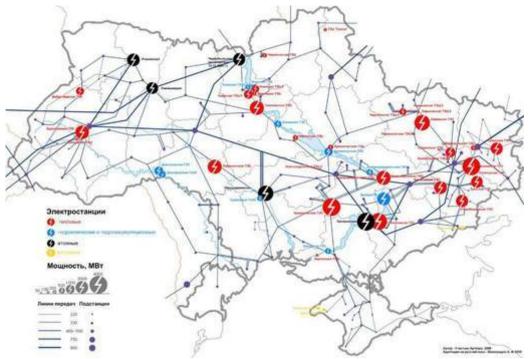
Am Sonntagabend kam es in fünf Regionen der Ukraine zu einem großflächigen Stromausfall. Mehrere Wärmekraftwerke wurden wegen russischen Angriffen vorübergehend außer Betrieb gesetzt. Bedeuten die Schläge neue Wende im Ukraine-Konflikt oder waren sie eher ein Einzelfall?

Am Sonntagabend kam es in den Regionen Charkow und Donezk zu vollständigen und in den Regionen Saporoschje, Dnepropetrowsk, Poltawa und Sumy zu teilweisen Stromausfällen. Grund waren militärische Schläge der russischen Armee mit hochpräzisen Waffen gegen die Wärmekraftwerke und sonstige in der Ost- und Zentralukraine. Russische Behörden haben die Schläge bislang offiziell nicht bestätigt, es wurden aber Starts der russischen Marschflugkörper gesichtet, deren Abflugzeiten zu der Uhrzeit der später gemeldeten Schläge passen. Auch die vor Ort gefundenen Raketenreste sprechen dafür.

"Gegen 19 Uhr Moskauer Zeit wurden Kalibr-Starts aus dem Schwarzen Meer und dem Kaspischen Meer gemeldet. Die Marschflugkörper trafen Wärmekraftwerke in der Nähe von Charkow und Krementschug, aber es könnten noch mehr Ziele gewesen sein. Dies führte zu Stromausfällen in den Regionen Charkow, Sumy, Dnepropetrowsk, Poltawa, Saporoschje und Odessa. Ein Teil der Regionen [der Ukraine] ist ohne Strom, es gibt keine Kommunikation und kein Internet, und der Zugverkehr wurde eingestellt", berichtete die Nachrichtenagentur ANNA-News in ihrem Telegram-Kanal.

"Die nächtlichen Angriffe auf Stromerzeugungsanlagen haben zwei Wärmekraftwerke schwer beschädigt und in mehreren Regionen der Ukraine eine Stromversorgungskrise ausgelöst", berichtete der russische Militärkorrespondent Juri Kotenok. "Vorläufigen Daten zufolge sind Wärmekraftwerke Charkow TPP-5 und Krementschug TPP getroffen worden", erklärte er, veröffentlichte auf seinem Telegram-Kanal Videoaufnahmen von den Auswirkungen des Einschlags auf TTP-5 und gab an, dass das Büro von Wladimir Selenskij den Einschlag von zwei Raketen bestätigt habe.

"Mit einer systemischen Einwirkung auf das Energiesystem ist die Russische Föderation durchaus in der Lage, einen Energiekollaps in der Ukraine herbeizuführen", glaubt Kotenok. Nach Angaben des Telegram-Kanals TOGARMA befindet sich der größte Teil der Energieinfrastruktur der Ukraine im Südosten des Landes. Nach Mitternacht war die Stromversorgung in den meisten östlichen Regionen der Ukraine jedoch wieder stabilisiert. Zuletzt hatte umgekehrt der Beschuss kritischer Infrastrukturen in der Donezker Volksrepublik durch ukrainische Armee in den letzten drei Wochen zugenommen. Vor allem der Energiesektor war und ist davon betroffen.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631fb5e248fbef2dc4107706.jpg *Quelle:* https://t.me/togarma301/5549

Allein in der vorigen Woche wurden 983 Umspannwerke durch ukrainische Granaten getroffen. Infolgedessen blieben 63.000 Nutzer ohne Strom. Am häufigsten geschieht dies in den Städten Gorlowka, Donezk und Jassinowataja. Infolgedessen kam es auch zu gefährlichen Stromunterbrechungen im Donezker Kohlenrevier, wodurch unter anderem Hunderte von Bergleuten unter Tage eingeschlossen wurden.

Auch der Beschuss des Kernkraftwerks Saporoschje und der Stadt Energodar wird unablässig fortgesetzt. Seit dem 1. September wurde dieses Gebiet 26-malig dem Artilleriebeschuss durch ukrainische Streitkräfte ausgesetzt und getroffen, wobei die Geschosse auch Gebäude auf dem Gelände des Kernkraftwerks trafen. Gleichzeitig führten gezielte Brände in einem Umspannwerk am 6. September und in einer Elektroleitung am 8. September zweimal zu Stromausfällen in Energodar.

Vor diesem Hintergrund beschuldigte das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin am Sonntag die ukrainischen Streitkräfte, die kritische Energieinfrastruktur der Volksrepublik gezielt ins Visier zu nehmen. Dazu erklärte auch der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalleutnant Igor Konaschenkow, dass das Kiewer Regime täglich bewusst und gezielt zivile Infrastrukturen und Stromversorgungseinrichtungen in der DVR angreift.

"Diese Angriffe sind höchstwahrscheinlich auf die Umgruppierung russischer Truppen in der Sloboda-Ukraine (Gebiet Charkow) zurückzuführen", sagte der Politologe und Wirtschaftswissenschaftler Iwan Lysan im Gespräch mit der Zeitung Wsgljad. Er ist einer von vielen ukrainischen Intellektuellen und politischen Aktivisten, die nach dem Staatsstreich 2014 in Kiew das Land verlassen haben.

"Zweitens würde ich nicht ausschließen, dass wir den ukrainischen Streitkräften auf diese Weise zu verstehen gegeben haben, dass sie den Beschuss des Stromnetzes im Donbass und des AKW Saporoschje einstellen müssen. Das Problem ist, dass Wladimir Selenskij nur Handlungen mit roher Gewalt versteht", so der Analyst.

"Ein solcher Angriff kann die Verlegung der ukrainischen Truppen nicht stören, er kann sie nur ein wenig aufhalten – sie werden einfach von Elektrolokomotiven auf die Diesellokomotive umsteigen und ihren Weg fortsetzen. Ein systematischer Angriff könnte jedoch tiefgreifende Auswirkungen haben – die Ukraine würde beginnen, in das 19.

Jahrhundert zu versinken. Dies wird zu einer systemischen Unterbrechung des Verkehrs führen, die Bahn muss komplett von Elektro- auf Diesellokomotiven umgestellt werden, die Propagandamaschine wird zum Stillstand kommen und die Kontrollierbarkeit der Truppen wird maximal erschwert", argumentiert Lysan.

Der Experte erklärte auch, dass der Schlag an sich für die Ukraine sehr spürbare Folgen hatte. "Es geht nicht um die Frage, ob er schwere Schäden an Wärmekraftwerken und Heizwerken verursacht hat. Die Tatsache, dass mehrere Gebiete gleichzeitig ohne Strom waren, zeigt, wie wenig sicher das ukrainische Energiesystem eigentlich ist", stellte er klar.

Der Beschuss der lebenswichtigen Energieinfrastruktur ist auch ein Zeichen dafür, dass die russische militärische Sonderoperation in eine neue Phase eingetreten ist. Dieser Meinung ist Larisa Schesler, die Vorsitzende der Union der politischen Emigranten und politischen Gefangenen. Grund dafür sei die Verwicklung der NATO in den Krieg. Nun hänge der weitere Verlauf der Operation immer mehr vom Zustand der ukrainischen Infrastruktur ab. "Heute liefert der Westen eine große Menge an militärischer Ausrüstung, Munition und Ortungssystemen in die Ukraine. Darüber hinaus stellen westliche Länder der Ukraine ihre Militärberater und Nachrichtendienste zur Verfügung. Unter diesen Bedingungen ist es einfach absurd, dass die ukrainische Armee ungestraft alle Vorteile der Infrastruktur nutzen kann", sagte sie.

Die Zerstörung von Kraftwerken, wenn sie zur Erreichung militärischer Ziele beitragen, sei ihr zufolge kein Kriegsverbrechen. Das gesamte Energiesystem der Ukraine, das in den Krieg der NATO gegen Russland eingebunden ist, sei daher ein legitimes Ziel für den Beschuss. "Da der Westen Kiew in keiner Weise einschränkt, sondern es im Gegenteil auf jede erdenkliche Weise anheizt, wird sich Russland nun auch mit diesem Problem befassen", meint Schesler. Der russische Angriff auf das ukrainische System der Energieversorgung hat auch eine zusätzliche Dimension. Die Ukraine hatte von der UdSSR ein gut ausgebautes Energiesystem geerbt, das aufgrund der massiven Deindustrialisierung, Auswanderung und Gebietsverluste derzeit Elektroenergie im Überfluss produzieren kann. Nun ist die Ukraine in ein Tauschgeschäft mit der EU eingetreten – Energie gegen Waffen und Geld. Selenskij hat wiederholt die Bereitschaft der Ukraine zum Ausdruck gebracht, Energielieferant für die EU zu werden und zu diesem Zweck die Generation der Kernkraftwerke, der großen Wärmekraftwerke und der Wärmekraftwerke zu nutzen. Dies war unter anderem der Grund für die wiederholten Versuche der ukrainischen Streitkräfte, auch das Kernkraftwerk Saporoschje um jeden Preis zurückzuerobern.

Russland will offenbar die Ukraine bei diesem Tauschgeschäft stören.

Darüber hinaus wird die Abschaltung mehrerer großer Wärmekraftwerke (insbesondere Charkow und Krementschug) zu einem Ungleichgewicht im ukrainischen Energiesystem führen und Störungen im Betrieb der von der ukrainischen Atombehörde "Energoatom" kontrollierten Kernkraftwerke zur Folge haben. In der Praxis bedeutet dies, dass Selenskijs Büro irgendwie noch in der Lage sein kann, den internen Bedarf der Bevölkerung zu decken, aber die Ukraine wird nicht mehr in der Lage sein, Strom in EU-Länder zu exportieren. Der Chef der russischen Krim-Administration Sergej Axjonow begrüßte die Angriffe auf die ukrainischen Wärmekraftwerke. Er sah darin den Übergang zu einer neuen, härteten Phase der militärischen Spezialoperation. "Gott sei Dank hat das Verteidigungsministerium gestern mit Angriffen auf die Infrastruktur in der Region Charkow usw. begonnen. Wir hoffen, dass all dies endlich einen entschiedeneren Charakter annimmt", sagte Axjonow. Erstellt unter Verwendung von Material der Nachrichtenseite Wsaljad



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631f322648fbef3ba6497796.jpg Brennende Anlagen im Wärmekraftwerk von Charkow am 11. September 2022

14:37 (13:37) novorosinform.org: In Cherson wurde die Besetzung von Kiselewka durch ukrainische Truppen zurückgewiesen

Der Militärkorrespondent Roman Saponkow bestritt die Informationen über das Zurückdrängen der Frontlinie in die Nähe von Tschernobajewka.

Die von den ukrainischen Medien und Telegram-Kanälen verbreiteten Informationen über die Aufgabe der Siedlung Kiselewka in der Region Cherson durch russische Truppen sind nicht wahr. Dies teilte der Kriegsberichterstatter Roman Saponkow in seinem Telegram-Kanal mit. "Alles ist in Ordnung, die Frontlinie ist unverändert. Die Streitkräfte der Ukraine und die ukrainischen Medien üben psychologischen Druck aus und holen das Maximum aus der Mediengeschichte von Charkow heraus", schrieb er und fügte ein Video aus dem Dorf hinzu. Zuvor verbreitete das American Institute for the Study of War (ISW) die Version über die Aufgabe der Siedlung durch die russischen Truppen. Sie berichteten, dass sich russische Truppen tief in das Gebiet zurückgezogen und die Frontlinie effektiv in das Gebiet von Tschernobajewka verschoben hätten.

Diese Praxis deutet darauf hin, dass westliche Quellen bereit sind, sich an der Herstellung solcher Fälschungen zu beteiligen, was auch in den kommenden Tagen zu erwarten ist.



https://www.novorosinform.org/content/images/31/12/53112 720x405.jpg

13:41 de.rt.com: Mehrheit der Bewohner des Bezirks Kupjansk im Gebiet Charkow nach Russland geflohen

Mit rund 60.000 Personen hat etwa die Hälfte der Bewohner des Bezirks Kupjansk im Gebiet Charkow ihre Heimat verlassen. Dies berichtete das Oberhaupt der militärisch-zivilen Verwaltung der Region, Maksim Gubin. Er fügte hinzu, dass sich der Großteil der Geflohenen nach Russland begeben habe. In einer Sendung des Fernsehkanals Rossija-24 sagte Gubin: "Insgesamt lebten in unserem Bezirk etwa 120.000 Menschen, etwa 60.000 sind geblieben.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6320517148fbef30136d6f7e.jpg Bewohner des Bezirks Kupjansk und der Stadt Balakleja warten in einer Schlange am Grenzübergang zum russischen Gebiet Belgorod, Aufnahme vom 9. September

14:05 de.rt.com: Kremlsprecher Peskow empört über angebliche ukrainische Strafaktionen im Gebiet Charkow

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat auf seinem Briefing am Dienstag angesichts der jüngsten Entwicklungen im Gebiet Charkow erklärt, dass die militärische Sonderoperation Russlands fortfahren werde. Dabei schloss er eine Mobilmachung in Russland vorerst aus. Der Kremlsprecher kommentierte auch die jetzige Situation der Zivilbevölkerung in den zuvor vom russischen Militär kontrollierten Teilen des Gebiets Charkow.

"Nach einlaufenden Informationen finden dort viele Strafhandlungen statt, die in keinen Rahmen passen. Menschen werden gefoltert. Menschen werden misshandelt. Das ist natürlich empörend."

Peskow äußerte sich ferner über kritische Aussagen in Bezug auf die russische Sonderoperation in der Ukraine vor dem Hintergrund der jüngsten Situation an der Front. Ihm zufolge seien sie zwar im geltenden Gesetzesrahmen möglich, der Grat sei jedoch sehr schmal. In dieser Frage sollte man sehr umsichtig sein.

"Da die öffentliche Meinung in Bezug auf die Ereignisse im Rahmen der militärischen Sonderoperation äußerst sensibel ist, ist es verständlich, dass die öffentliche Meinung darauf ziemlich emotional reagiert."



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63205cefb480cc142103b372.jpg

14:31 de.rt.com: Selenskijs Büro veröffentlicht Entwurf für Sicherheitsgarantien für Ukraine

Das Büro des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij hat am Dienstag einen Entwurf des sogenannten "Kiewer Sicherheitsabkommens" veröffentlicht. Als Garanten ihrer Sicherheit schlägt die Ukraine die EU-Länder, die USA, Großbritannien, Australien und die Türkei vor. Das Dokument sieht keinen neutralen Status des Landes vor. Demnach sollen die Sanktionen gegen Russland so lange aufrechterhalten werden, bis das Land den zugefügten Schaden zurückerstattet hat. Der Entwurf enthält folgende Punkte:

- präventive militärische, finanzielle, technische und andere Maßnahmen im Fall eines neuen Angriffs auf die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine, die unverzüglich getroffen werden sollen,
- die Lieferung moderner Flug- und Raketenabwehrsysteme an die Ukraine,
- ein vollwertiges Sanktionspaket gegen den Aggressorstaat, wie Russland in der Ukraine bezeichnet wird,
- regionale Abkommen mit der Türkei, Rumänien und Bulgarien über die Sicherheit im Schwarzmeer-Raum,
- regelmäßige und intensive Militärübungen in der Ukraine unter Beteiligung von ausländischen Ausbildern und Beratern.

Im Dokument steht auch, dass die Sicherheitsgarantien das Personal und die Schlagkraft der ukrainischen Streitkräfte nicht einschränken dürfen. Dort wird auch der Wunsch der Ukraine festgehalten, der NATO und der EU beizutreten. Nach Angaben aus Kiew sollen sich an der Erarbeitung des Dokuments auch westliche Experten, darunter frühere und amtierende Politiker, beteiligt haben.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63207564b480cc1a0d49c3bd.jpg

15:03 de.rt.com: Russisches Ministerium für Schulbildung: Im Gebiet Charkow gab es keine Lehrer aus Russland

Die militärisch-zivile Verwaltung des Gebiets Charkow hat der russischen Agentur RIA Nowosti mitgeteilt, dass es in den zuvor vom russischen Militär kontrollierten Ortschaften der Region keine Lehrer aus Russland gegeben habe. Das Schicksal der örtlichen Lehrer, die mit Russland zusammengearbeitet und sich bereit gezeigt hätten, nach neuen Lehrprogrammen zu unterrichten, sei ungewiss, hieß es.

Das russische Aufklärungsministerium, das für das Schulwesen im Land zuständig ist, bestätigte diese Informationen. In den zuvor von Russland kontrollierten Teilen des Gebiets Charkow hätten lediglich örtliche Pädagogen gearbeitet. Am 1. September hätten dort ungefähr 90 Schulen wieder geöffnet. Minister Sergei Krawzow wurde von seinem Pressedienst mit den Worten zitiert:

"Alle russischen Lehrer befinden sich unter Schutz. Die provokativen Erklärungen des ukrainischen Regimes bezeugen ein übriges Mal seine wahre Haltung zu den Einwohnern der befreiten und zu befreienden Territorien. Die russische Bildung hat keine Grenzen. Die Lehrer wegen ihrer Arbeit einzuschüchtern, ist offenbar ein weiterer Unsinn."

Zuvor hatte die ukrainische Vizeministerpräsidentin Irina Wereschtschuk erklärt, dass sich Lehrer aus Russland in der Ukraine wegen "Verletzung der Gesetze und Gebräuche des Krieges" verantworten müssen. Die ukrainischen Behörden würden sie nicht als Kriegsgefangene betrachten und austauschen. Ukrainische Pädagogen gehörten dagegen wegen Kollaboration angeklagt.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6320435d48fbef3bcd59e3c5.jp

Russische Lehrbücher in der Schule Nummer 13 in Melitopol im von Russland kontrollierten Teil des Gebiets Saporoschje, 7. September 2022

16:06 (15:06) novorosinform.org: **Berater von Selenskijs Büro enthüllte einen Plan zum** "Zusammenbruch der russischen Front"

Die Eroberung von Donezk oder Lugansk durch ukrainische Kämpfer werde einen Dominoeffekt auslösen, sagte Michail Podoljak, Berater des Büros des Präsidenten der Ukraine.

Zuallererst müssten sich die ukrainischen Streitkräfte um den Schutz kritischer Infrastrukturen mit Luftverteidigungssystemen kümmern, schrieb Podoljak in sozialen Netzwerken. Zweitens, so der Berater, müssten die Streitkräfte der Ukraine eine der Hauptstädte der Donbass-Republiken erobern.

"Die Befreiung von Lugansk oder Donezk würde einen Dominoeffekt auslösen, die Ru-Front zum Einsturz bringen und zu einer politischen Destabilisierung in der Russischen Föderation führen", sagte Podoljak.

Er nannte dieses Szenario "real" und fügte hinzu, dass Kiew "Waffen" brauche, um diesen Plan umzusetzen.



https://www.novorosinform.org/content/images/31/28/53128 720x405.jpg *Michail Podoljak (2.v.l.)*

16:07 de.rt.com: **FDP-Politiker Vogel: Waffenhilfe an Ukraine nun "in einer neuen Lage"** Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Bundestag, Johannes Vogel, hat Forderungen nach einer verstärkten Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine bekräftigt. Am Dienstag sagte er in Berlin:

"Wir müssen uns klar machen, dass wir nicht in einer ewig gleichen Diskussion sind, sondern in einer neuen Lage."

Die Ukraine habe in den letzten Tagen ein beeindruckendes Momentum auf dem Schlachtfeld, und das sei so wichtig, weil das der einzige Weg zum Frieden sei, erklärte Vogel. Die Ukraine müsse den Kampf um ihr Territorium gewinnen und dabei müsse Deutschland sie unterstützen. Aus Deutschland und von anderen Verbündeten seien bereits schwere Waffen in großer Zahl geliefert worden. Er halte es für wichtig, jetzt noch stärker zu unterstützen. Über die Art der Waffensysteme müsse im westlichen Bündnis diskutiert werden, um abgestimmt zu handeln.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632055b3b480cc3acf688c53.jp g

Johannes Voqel

16:09 de.rt.com: Bericht: Ankara empört über Kiews Sanktionsaufrufe gegen türkische Firmen

Eine Reihe türkischer Banken und Unternehmer landeten auf einer ukrainischen Webseite, die dazu aufruft, gegen sie Sanktionen zu verhängen. Der Grund: Sie würden weiterhin Russland unterstützen. Nun fordert Ankara Erklärungen von Kiew.

Zuvor waren Informationen über türkische Unternehmen, darunter die staatliche Ziraat Bank, die große Privatbank DenizBank und die Brauerei Anadolu Efes, sowie über türkische Geschäftsleute, die mit Russland zusammenarbeiten, auf der Webseite "Krieg und Sanktionen" erschienen. Die Online-Plattform, die vom ukrainischen Außenministerium und der Nationalen Agentur für Korruptionsprävention unterstützt wird, listet diejenigen auf, die laut Kiew "wegen ihrer Unterstützung des russischen Krieges gegen die Ukraine" sanktioniert werden sollten.

Laut einem Bericht der türkischen Zeitung Aydınlık fordern die türkischen Behörden die Ukraine nun auf, die Gründe für diese Hetzkampagne zu erläutern. Die Zeitung berichtete unter Berufung auf diplomatische Quellen:

"Die türkische Seite hat der ukrainischen Seite ihre heftige Reaktion mitgeteilt, es wurde um Klärung gebeten."

Die Türkei soll sich am Wochenende auch an den ukrainischen Botschafter in Ankara gewandt und "konkrete Erwartungen" in Bezug auf die Situation zum Ausdruck gebracht haben.

"In Anbetracht unserer bestehenden strategischen Partnerschaft, Solidarität und Zusammenarbeit mit der Ukraine wird erwartet, dass türkische Einzelpersonen und Organisationen nicht Ziel von Sanktionen werden", zitierte die Zeitung ihre Quellen. Ankara hatte Russlands Militäroperation in der Ukraine zwar verurteilt, sich aber nicht den internationalen Sanktionen angeschlossen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat sich seit Ausbruch des Konflikts sowohl mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin als auch mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij getroffen.

Der frühere türkische Diplomat Uluç Özülker sagte, es sei "verrückt", dass Kiew Sanktionen für türkische Firmen und Unternehmer fordere. "Die Türkei ist das einzige Land, das sowohl mit der Ukraine als auch mit Russland verhandeln kann. Die Ukraine verkauft ihr Getreide aufgrund der Vermittlung der Türkei und verdient Geld. Die Ukraine benötigt die Türkei",

erklärte er.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6320856ab480cc34316bc67e.jpg Wladimir Selenskij und Recep Tayyip Erdoğan in Kiew, am 3. Februar 2020

16:38 de.rt.com: **Zwei Zivilisten beim ukrainischen Beschuss von Lissitschansk gestorben** Mindestens zwei Zivilisten sind beim ukrainischen Beschuss der Stadt Lissitschansk ums Leben gekommen, eine weitere Person wurde verwundet. Dies meldete die Vertretung der Volksrepublik Lugansk beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination. Die Behörde berichtete auf ihrem Telegram-Kanal:

"Um wurde 12:02 Uhr ein Beschuss der Stadt Lissitschansk durch die bewaffneten Verbände der Ukraine unter Einsatz der Mehrfachraketenwerfer HIMARS (vier Raketen) festgestellt. Nach vorläufigen Angaben wurden dabei zwei Zivilisten getötet und ein weiterer verwundet."

17:50 (16:50) novorosinform.org: **Snigirewka, Oblast Nikolejew bleibt unter russischer Kontrolle – militärisch-zivile Verwaltung**

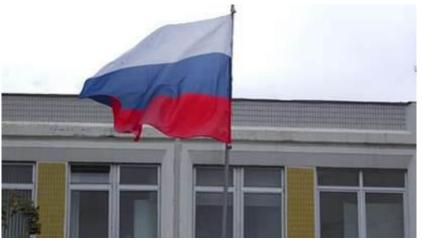
Die militärisch-zivile Verwaltung der Region Cherson dementierte die Information, dass Snigirewka unter die Kontrolle der Streitkräfte der Ukraine geraten sei.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Stadt von der zivil-militärischen Verwaltung des Snigirewskij-Bezirks der Region Nikolajew kontrolliert wird.

"Die Situation in Snigirewka ist ruhig, die Siedlung steht unter der Kontrolle der militärischzivilen Verwaltung der Stadt", heißt es in der Erklärung.

Die Behörde fügte hinzu, dass die Streitkräfte der Ukraine die Intensität des Beschusses auf Wohngebiete erhöht hätten. Juri Barbaschow, der Leiter der Militärverwaltung des Bezirks Snigirewskij, sagte zuvor, dass ukrainische Kämpfer zu Beginn der sogenannten Gegenoffensive auf Cherson mit dem Beschuss der zivilen Infrastruktur der Stadt begonnen hätten. Er erklärte, dass jetzt die Stromversorgung in der Stadt wiederhergestellt werde, und wies auch darauf hin, dass es einen großen Mangel an Kommunikation gebe, die bereitgestellt werden könne, wenn sich die Frontlinie zurückziehe.

Zuvor hatten ukrainischn Medien Informationen darüber verbreitet, dass die Streitkräfte der Ukraine Snigirevka besetzt und damit den Weg nach Cherson geebnet hätten.



https://novorosinform.org/content/images/31/42/53142 720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 13. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozialhumanitären Bereichs durch.

In 26 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialleistungen ausgezahlt.

In Mariupol, Wolodarskoje und Wolnowacha wurden Arbeiten zum Anschluss von Verbrauchern an das Telekommunikationsnetz vorgenommen.

Mehr als 3000 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens.

In Mariupol und Wolnowacha gehen die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem weiter. Zivilschutzkräfte haben mehr als 12 Hektar Territorium untersucht und 179 explosive Objekte entschärft.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in befreiten Ortschaften durchgeführt. In Mariupol, Wolnowacha und Korowij Jar wurden Haushalte angeschlossen.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. Infolge der Angriffe haben

Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften. Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:11 de.rt.com: Kiew fordert Panzer: "Deutschland, wir warten auf Dein Wort"

Nach ihren jüngsten Geländegewinnen im Nordosten des Landes hat die Ukraine das deutsche Zögern bei Panzerlieferungen und das Ringtauschsystem kritisiert. Der Berater im Präsidentenbüro, Michail Podoljak, twitterte am Dienstag auf Deutsch, sechs Monate lang gebe es keine Panzer, weil es in Deutschland keine "politische Entscheidung" dafür gebe. "Deutschland, wir warten auf Dein Wort", schrieb der 50-Jährige.

Auf Ukrainisch <u>benannte</u> Podoljak auch direkt den von der Bundesregierung betriebenen sogenannten Ringtausch. Das System des Ringtauschs funktioniere nicht. Gemeint ist damit, dass Staaten des ehemaligen Ostblocks ihre Altbestände an sowjetischen

Gemeint ist damit, dass Staaten des ehemaligen Ostblocks ihre Altbestände an sowjetischen Waffen an die Ukraine abgeben und dafür modernes Gerät von der Bundesrepublik erhalten.

18:16 (17:16) novorosinform.org: Alliierte Streitkräfte zerstörten die Basis ausländischer Söldner in der Nähe von Charkow

In einem Dorf in der Region Charkow hatten Ausländer in Häusern Lagerhäuser und Kasernen eingerichtet, wie <u>RIA Novosti</u> berichtete.

Mit Hilfe von Drohnen sei der genaue Standort der Basis ermittelt worden, schreibt RIA Novosti unter Berufung auf eine eigene Quelle aus Sicherheitssbehörden.

"Die identifizierten Koordinaten wurden von Mörsern getroffen", heißt es in dem Bericht. Laut dem Gesprächspartner der Agentur zeugt das Vorhandensein von ATVs und Buggys vom Einsatz ausländischer Söldner an diesem Ort. Die Streitkräfte der Ukraine verfügen nicht über eine solche Ausrüstung. "Sie sammeln im Internet Geld für alte Niva-Fahrzeuge", sagte die Quelle.

Außerdem sei ein Mann mit dunkler Hautfarbe unter den Kämpfern am Ort der Niederlage gesehen worden, berichtet die Agentur und veröffentlichte auch ein <u>Video</u> von der Zerstörung der Basis.

Zuvor zeigte die ukrainische Ausgabe von "Strana" ein Video mit Söldnern aus den Vereinigten Staaten am Eingang der Stadt Isjum in der Region Charkow.



https://cdnn21.img.ria.ru/images/07e6/09/0d/1816546769 0:0:1920:1080 600x0 80 0 0 d7 38bcf48ba0599027aa090aac6d76c7.jpg

$17:48~{ m de.rt.com}$: Ukrainische Armee will eine von Russland eingesetzte iranische Drohne abgefangen haben

In der Ukraine hat das Militär nach eigener Darstellung zum ersten Mal eine iranische "Selbstmord-Drohne" abgefangen. Sie soll zuvor von Russland eingesetzt worden sein. Iran und Russland bauen ihre Kooperation aus. Dass es dabei um Drohnen geht, dementieren beide.

Das ukrainische Militär behauptete am Dienstag zum ersten Mal, dass es auf dem Schlachtfeld eine von Russland eingesetzte iranische "Selbstmord-Drohne" abgefangen hätte. Ein ukrainischer Militärbeamter sowie eine dem Militär nahestehende proukrainische Webseite veröffentlichten das angebliche Bild vom Fund des Drohnen-Wracks. Die Drohne wurde als im Iran hergestellte "Schahed 136" identifiziert. Das Bild soll darauf hindeuten, dass die "Schahed"-Drohne von den ukrainischen Streitkräften abgeschossen wurde und nicht wie vorgesehen beim Aufprall explodierte. Weitere Informationen veröffentlichten die

Behörden von Kiew nicht.

Der nicht namentlich benannte Militärbeamte behauptete, dass ukrainische Truppen die Drohne in einem Vorort der Stadt Kupjansk inmitten der Kiewer Offensive, die die russischen Linien um Charkow an der Ostfront zu durchbrechen versuchte, abgefangen hätten. Die iranische Vertretung bei den Vereinten Nationen reagierte nicht unmittelbar auf eine Bitte um Stellungnahme. Iran verfügt über mehrere Typen von "Schahed"-Drohnen. Der unbemannte iranische Flugkörper "Schahed" hatte damals einen US-Flugzeugträger im Persischen Golf überflogen.

"Schahed"-Drohnen sollen im Jahr 2019 von der iranisch unterstützten Huthi-Bewegung im Jemen bei einem groß angelegten Angriff auf die Aramco-Ölanlage in Saudi-Arabien eingesetzt worden sein.

Die Iranische Revolutionsgarde präsentierte unter anderem diesen Typ von "Selbstmord-Drohnen" im Dezember 2021 im Rahmen einer Militärübung am Persischen Golf, wobei Iran erstmalig eine neue Mehrfach-Drohnen-Startvorrichtung vorgestellt hatte.

US-Geheimdienste warnten bereits im Juli öffentlich, Teheran wolle Hunderte dieser Flugkörper, die mit Raketen bestückt werden können, an Russland liefern, um die Operation in der Ukraine zu unterstützen. Es wird vermutet, dass dieser Typ der "Schahed"-Drohne eine Reichweite von etwa 2000 Kilometern hat. Sie fliegt zu einem Bestimmungsort, der wahrscheinlich vor dem Start programmiert wird, und explodiert dann entweder in der Luft über dem Ziel oder beim Aufprall. Es bleibt insofern unklar, ob die Drohne von der ukrainischen Armee abgefangen worden ist.

Der Westen erhöhte in letzter Zeit durch eine groß angelegte Medienkampagne den Druck auf Iran, indem er mehrere Vorwürfe gegen Teheran orchestriert hat. CNN hat unlängst einen Bericht über mutmaßliche Waffenlieferungen Irans an Russland und die Vorführung iranischer Kampfdrohnen auf einem Flugplatz für eine russische Delegation veröffentlicht. Die USA glauben, dass Iran in den letzten Wochen mit der Ausbildung russischer Offiziere an iranischen Luftfahrzeugen begonnen hat. Iran bereite sich darauf vor, mehrere Hundert Drohnen, einschließlich waffenfähiger Drohnen, zur Verfügung zu stellen, sagte der Nationale Sicherheitsberater der USA, Jake Sullivan, Mitte Juli.

Russische Transportflugzeuge hätten die Drohnen vom Modell "Schahed 129" und "Schahed 191" Mitte August aus dem Iran geflogen. Auch die vergleichsweise neue Drohne "Mojaher 6" soll Russland erhalten haben. Während westliche Medien in den vergangenen Wochen berichteten, dass es bei den ersten Tests mit iranischen Drohnen "zahlreiche Fehler" gab, meldeten sie auch mutmaßliche Drohnen-Lieferungen von Iran an Russland. Iran und Russland bauen ihre Kooperation aus. Dass es dabei um Drohnen geht, dementieren beide. Die ukrainische Armee greift offenbar im Ukraine-Krieg auf das türkische Drohnen-Modell "Bayraktar TB2" zurück, das seit den ersten Kriegstagen zu einer der wichtigsten Waffensysteme für Kiew geworden ist.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63207513b480cc1a0d49c3b8.jpg Dieses Bild wurde von der Direktion für strategische Kommunikation des ukrainischen Militärs veröffentlicht. Es soll das Wrack einer iranischen Drohne in der Nähe von Kupjansk in der Ukraine zeigen.

18:53 (17:52) novorosinform.org: **Kiews "Sicherheitsgarantien" sind der Prolog des Dritten Weltkriegs – Medwedew**

Wenn der Westen weiterhin Waffen an die Ukraine liefert, wird die militärische Kampagne früher oder später auf eine andere Ebene übergehen, sagte der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew.

So kommentierte er den Entwurf von "Sicherheitsgarantien", der am Vortag vom Präsidialamt der Ukraine veröffentlicht wurde. Tatsächlich sei dieses Dokument "ein Prolog zum Dritten Weltkrieg", schrieb Medwedew auf seinem Telegram-Kanal.

Er äußerte sich auch zuversichtlich, dass der Westen keine Garantien geben werde, da die Forderungen Kiews direkt auf "den hybriden Krieg der Nato mit Russland" hinausliefen. "Wenn diese schwachsinnigen Leute das ungezügelte Pumpen des Kiewer Regimes mit den gefährlichsten Arten von Waffen fortsetzen, dann wird die militärische Kampagne früher oder später auf eine andere Ebene übergehen", sagte Medwedew.

n einem solchen Fall würden die Feindseligkeiten direkt in den westlichen Ländern ausgetragen, und die Menschen dort würden "sehr leiden". Auch die Einwohner Russlands würden darunter leiden, fügte der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates hinzu.

Außerdem bezeichnete er Politiker, die Vergeltungsmaßnahmen gegen Russland ergreifen wollen, ohne direkt in einen Krieg zu ziehen, als "dumme Idioten mit klassischer Bildung".



https://novorosinform.org/content/images/31/48/53148 720x405.jpg

18:54 (17:54) novorosinform.org: **Ukrainische Abkommensentwürfe sind** "**Garantien der Gefahr**" **für Russland** – **Kosatschew**

Der stellvertretende Sprecher des Föderationsrates Konstantin Kosatschew kommentierte den von Kiew vorgelegten Entwurf der Sicherheitsgarantien.

Der Senator stellte fest, dass der von der Ukraine vorbereitete Entwurf eher darauf abziele, das der Westen dem Kiewer Regime Straffreiheit für sein aggressives Verhalten gewährt. "Ein kurzer Blick auf dieses Dokument bestätigt, dass es eher um 'Garantien der Gefahr' der Ukraine für Russland geht", schrieb Kosatschew in seinem Telegram-Kanal.

Der Senator wies darauf hin, dass in dem Dokument eindeutige Verpflichtungen der Garantiegeberländer zur Aufrüstung der ukrainischen Streitkräfte "in einem unbegrenzetem Ausmaß" sowie andere bedrohliche Maßnahmen genannt werden. Er zitierte auch den ehemaligen NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen mit den Worten, dass die Annahme solcher Garantien "ein jahrzehntelanges Engagement der Verbündeten für die Ukraine" erfordern würde.



https://novorosinform.org/content/images/31/50/53150 720x405.jpg

abends:

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 13.09.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **mehr als 140 Geschosse** mit Panzern und Rohrartillerie des Kalibers 155 und 152mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses wurde **ein Zivilist verletzt.**

Ein Gebäude wurde zerstört, 2 Gebäude und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 "Lepestok" (PFM-1S) werden weitergeführt. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **ein Verteidiger der Donezker Volksrepublik starb und 4 verletzt** wurden.

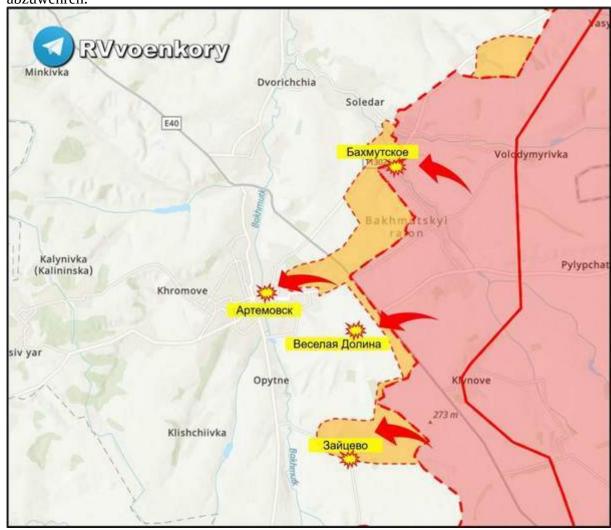
Wir sprechen den Verwandten und Freunden des Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

19:47 (18:47) rusvesna.su: **Die russische Armee setzt ihre Offensive im Donbass fort - Zusammenfassung des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine (Karte)**

Die russische Armee setzt ihre Offensive im Donbass fort und startet Artillerieschläge entlang der gesamten Frontlinie. Dies steht in der Zusammenfassung des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine:

- ▶ Die russische Armee konzentriert ihre Bemühungen darauf, die Kontrolle über das gesamte Territorium der Region Donezk zu übernehmen.
- ► Russische Truppen führen Offensivoperationen in den Gebieten von Artjomowsk, Bachmutskoje, Wesjolaja Dolina, Awdejewka, Besymennoje und Nowogrigorowka.
- ▶ Die RF-Streitkräfte ergreifen Maßnahmen, um ihre Truppen mit Nachwuchsoffizieren aufzufüllen.

- ▶ Die RF-Streitkräfte führen Artillerieangriffe entlang der gesamten Frontlinie durch und führen aktiv Luftaufklärung durch.
- ▶ Die RF-Streitkräfte führten 2 Raketenangriffe mit Präzisionswaffen, 8 Luftangriffe und 13 MLRS-Angriffe gegen die Einrichtungen der Streitkräfte der Ukraine durch.
- ▶ Die belarussischen Streitkräfte führten auf dem Brestskij-Trainingsgelände eine Kommando- und Stabsübung durch, bei der Aktionen mit scharfem Feuer geübt wurden, um die Offensive eines angenommenen Feindes und sein weiteres Vordringen über die Grenze abzuwehren.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_karta_24.jpg